



**Universität für Bodenkultur Wien**

# **PRESSESPIEGEL**

**Freitag, 1. Juli 2022**



# Inhaltsverzeichnis

Thomas Hein, Nase und Barbe Datum vom 01.07.2022 (Seite 32)	Seite 3
Wenn der Pegel sinkt Datum vom 01.07.2022 (Seite 20-24)	Seite 5
Die gute Nachricht des Tages Kurier vom 01.07.2022 (Seite 2)	Seite 9
Warum uns das Trinkwasser nicht ausgeht Kurier vom 01.07.2022 (Seite 4)	Seite 10
Der Bus, der dich bis zur Haustür bringt Kurier vom 01.07.2022 (Seite 24)	Seite 12
Breite Allianz von Politik und Wirtschaft gegen Klimakrise Österreich vom 01.07.2022 (Seite 18)	Seite 14
Klimaschutz: Politik, Finanz und Wissenschaft für "breite Allianz" kurier.at vom 01.07.2022	Seite 15
Warum in Österreich das Trinkwasser nicht ausgeht kurier.at vom 01.07.2022	Seite 16
83 Prozent der Baumarten unter Druck durch menschliche Aktivität studium.at vom 01.07.2022	Seite 18
Wissenschaftler gegen Atomkraft-Taxonomie diepresse.com vom 01.07.2022	Seite 20
Breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich oekonews.at vom 01.07.2022	Seite 22
Hagelversicherung: „Wir müssen uns vom alten Denken verabschieden!“ asscompact.at vom 01.07.2022	Seite 24
Wenn dich der Bus bis vor die Haustür bringt futurezone.at vom 01.07.2022	Seite 26
83 Prozent der Baumarten unter Druck durch menschliche Aktivität science.apa.at vom 01.07.2022	Seite 28
83 Prozent der Baumarten unter Druck durch menschliche Aktivität sn.at vom 01.07.2022	Seite 30
BEST erhält Förderzusage ... oekoenergie.cc vom 30.06.2022	Seite 32
Bund startet Bioökonomie-Netzwerk oekoenergie.cc vom 30.06.2022	Seite 34
Gewessler: Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich ots.at vom 30.06.2022	Seite 35
"Eine breite Allianz für den Klimaschutz" vol.at vom 30.06.2022	Seite 37
Experten warnen vor EU-Nachhaltigkeitssiegel für Atomkraft orf.at vom 30.06.2022	Seite 38
Experten warnen vor EU-Nachhaltigkeitssiegel für Atomkraft orf.at vom 30.06.2022	Seite 39

Experten warnen vor EU-Nachhaltigkeitssiegel für Atomkraft tt.com vom 30.06.2022	Seite 40
Zertifikat für Hochschullehrende Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Anmeldung ab sofort möglich aau.at vom 30.06.2022	Seite 42
"breite Allianz" gegen Klimakrise gefordert nachrichten.at vom 30.06.2022	Seite 43
Gewessler: Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich mycity24.at vom 30.06.2022	Seite 45
Jägerschaft und Kammer über Entscheidung nicht erfreut kleinezeitung.at vom 30.06.2022	Seite 47
"Eine breite Allianz für den Klimaschutz" vienna.at vom 30.06.2022	Seite 48
Gewessler: Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich brandaktuell.at vom 30.06.2022	Seite 49
Gewessler: Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich top-news.at vom 30.06.2022	Seite 51
50 Jahre Donauinsel: Um ein Haar sähe sie heute ganz anders aus science.apa.at vom 30.06.2022	Seite 53
Experten warnen vor EU-Nachhaltigkeitssiegel für Atomkraft science.apa.at vom 30.06.2022	Seite 55
Klimaschutz: Politik, Finanz und Wissenschaft für „breite Allianz“ online-nachrichten.eu vom 30.06.2022	Seite 56
Warum in Österreich das Trinkwasser nicht ausgeht online-nachrichten.eu vom 30.06.2022	Seite 57
Unwetter in Österreich: Ein Experte für Naturgefahren erklärt, wie es zu so schweren Schäden kommen konnte buzzfeed.at vom 30.06.2022	Seite 58
Klimakrise: Politik, Finanz und Wissenschaft für "breite Allianz" politik-live.at vom 30.06.2022	Seite 60
Politik, Finanz und Wissenschaft für "breite Allianz" wienerzeitung.at vom 30.06.2022	Seite 61
Ein Skigebiet will klimafit werden sn.at vom 30.06.2022	Seite 63
Wenn der Pegel sinkt datum.at vom 30.06.2022	Seite 65

"Datum" Nr. 07-08/2022 vom 01.07.2022 Seite 32 Ressort: Essay

## Thomas Hein, Nase und Barbe

Schadensbegrenzung ist das, worum Thomas Hein sich bemüht, und zwar in einem Ökosystem, das wir zu lange zu wenig als solches beachtet haben: die Donau. Hein ist an der Wiener Universität für Bodenkultur Institutschef für Hydrobiologie und Gewässermanagement und leitet auch das neue Christian-Doppler-Labor für Dynamik von Meta-Ökosystemen in regulierten Flusslandschaften. Dieses Labor ist zur Hälfte steuerfinanziert, zur anderen Hälfte interessanterweise von drei (staatsnahen) Unternehmen: der Wasserstraßengesellschaft Viadonau, den Österreichischen Bundesforsten sowie dem Energieerzeuger Verbund. Alle drei gehören mehrheitlich der Republik.

Warum sind gerade jene, die den Fluss wirtschaftlich nutzen wollen, am Zustand des Ökosystems interessiert? Weil sie es müssen und daher in Forschung dafür investieren, will Österreich seine eigenen Gesetze befolgen (und am Ende keine Strafe an die EU zahlen): Unser rechtlicher Auftrag ist die Wasserrahmenrichtlinie, sagt Hein, abgekürzt WRRL, eine EU-Richtlinie, die darauf abzielt, die Wassernutzung umweltverträglicher zu gestalten und alle europäischen Gewässer bis 2027 in einen guten ökologischen Zustand zu bringen. Wir haben die Donau in den vergangenen 140 Jahren und insbesondere seit 1960 mit der Wasserkraft stark verändert, sagt Hein. Wir müssten die Donau als sozialökologisches System verstehen. Für seine Arbeit fragt er sich: Wie kommen die Fische mit den Veränderungen zurecht, wo drückt sie der Schuh am meisten?

Hein irritiert dabei Ähnliches wie Sarah Höfler: Auch in der Donau sind in einem intakten Lebensraum zwischen den Kraftwerken Freudenu und dem slowakischen Gabčíkovo auf einer Fließstrecke von gut fünfzig Kilometern viel zu wenige Fische vorhanden. Warum das so ist, darüber rätseln die Wissenschaftler.

Sind es mangelnde Anbindungen an Zuflüsse oder Auen? Zwei für die Donau typische Fischarten, Nase und Barbe, sind Wanderer, sie legen zur Laichzeit 40 bis fünfzig Kilometer zurück. Bei ihnen fehlen heute drei Viertel der Biomasse, so Hein. Unter Biomasse ist die Gesamtmenge an Lebewesen in einem bestimmten Bereich zu verstehen -so, als würden alle Fische dieser Art mit einem riesigen Kescher aus der Donau gefischt und auf eine Waagschale gelegt.

Sowohl Nase als auch Barbe brauchen zur Eiablage gut durchströmten kiesigen Grund, den sie primär in Zubringerflüssen finden. Und die müssen sie auch im Frühjahr erreichen, sagt Hein - in Trockenphasen schwierig. Später im Entwicklungszyklus brauchen die kleinen Fischlarven beruhigte Uferzonen; sind die Ufer verbaut, ist die Drift zu groß, werden die Larven ausgewaschen und sterben.

Wir haben die Flüsse scheibchenweise verbaut, dann versucht, einzelne Verbesserungsmaßnahmen zu setzen -jetzt ist es an der Zeit, die Tiere zu verstehen, damit klar wird: Wie können wir für sie eine positive Gesamtwirkung in der Donau erzielen?, sagt Hein. Dazu gehört: auf den Fisch zu hören. Einzelne von ihnen werden markiert, um herauszufinden, wie sie sich verhalten, wohin sie wandern. Daraus ergeben sich Modelle über die Mobilität der Fische. Und die Unternehmenspartner seien, ganz im Sinne der WRRL, bereit, in fischfreundliche Maßnahmen zu investieren. Etwa an Zubringern wie der Traisen neue Flusslebensräume zu schaffen, sagt Hein.

Die WRRL ist ihm zufolge eine gute Basis, die E-Wirtschaft in die Verantwortung zu nehmen - die auch unter Druck steht, weil der Klimawandel den Wasserhaushalt völlig durcheinanderbringt. Volkswirtschaftliche Kosten, die durch Umweltschäden entstanden sind, sind bisher nicht berücksichtigt worden. Wünschen würde er sich aber noch eine Vernetzung der WRRL mit dem wichtigsten EU-Naturschutzprogramm: der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Denn: Bei geschützten Arten greift die WRRL zu kurz, sagt Hein.

Er ist es, der die Artenvielfalt mit einer Bibliothek vergleicht. Mit nur mehr einer Handvoll Büchern haben künftige Generationen wenig Handlungsspielraum, um auf Veränderungen zu reagieren. Keinesfalls sollten deshalb sensitive Bereiche, wie Gletscherbäche, mit kleinen Kraftwerken verbaut werden: Weil die nur wenig Strom erzeugen, der Schaden aber immens groß ist.

*Im Donau-Abschnitt zwischen Freudenau und dem slowakischen Gabčíkovo gibt es nur noch ein Viertel der ursprünglichen Biomasse der Barbe. Die Gründe dafür sind noch nicht gefunden.*

"Datum" Nr. 07-08/2022 vom 01.07.2022 Seite 20,21,22,23,24 Ressort: Recherche Von: TEXT : Clara Porák

## Wenn der Pegel sinkt

### **Die Meldungen über Trockenheit im Osten Österreichs häufen sich. Geht dem Land das Wasser aus?**

Es ist unendlich schade, sagt Ahmed K. (Name geändert). Ich wohne hier seit 20 Jahren, und auf einmal ist der See weg. Ahmed K. betreibt eine Pizzeria am Anemonensee in Niederösterreich. Seine Gäste sind Menschen, die in der Umgebung wohnen, aber auch und vor allem Badegäste, die zum See kommen - oder kamen. Denn wo noch vor ein paar Monaten ein Badesee lag, ist es jetzt nur schlammige Erde. Ein Großteil des Beckens steht leer. Warum? Der Grundwasserstand ist zu niedrig.

Der See scheint kein Einzelfall zu sein: Lobau: Die Au trocknet aus , schrieb der Standard im Jänner 2022. Wiener Neustädter Seen geht das Wasser aus , meldete der ORF im April. Der Neusiedler See könnte trockenfallen, hieß es im April. Laut einer Studie des Landwirtschaftsministerium könnte die Grundwasserneubildung in Österreich bis 2050 um 23 Prozent sinken. Gleichzeitig wohnen immer mehr Menschen in Österreich, das führt zu einem höheren Wasserverbrauch. Vor allem im Osten Österreichs wird das zum Problem. Geht uns das Wasser aus? Verdurstet werden wir nie ,sagt Roman Neunteufel von der BOKU Wien. Er ist Hydrologe und einer der Co-Autoren der Studie Wasserschatz Österreichs zum Grundwasserspiegel in Österreich, die das Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hat. Sie ist bezeichnenderweise die erste Studie zur Situation des Grundwasserspiegels in Österreich überhaupt. So wenig Sorgen hat man sich bisher darum gemacht.

Jetzt beginnt sich das zu ändern: Diese Studie ist der erste Versuch, sich zu fragen, ob wir uns Gedanken machen müssen , sagt Neunteufel.

Aber wer verbraucht das Wasser eigentlich? Großteils die Wirtschaft: 2021 wurden 70 Prozent des Wassers für Industrie und Gewerbe genutzt, nur 24 Prozent flossen in die Wasserversorgung der Bevölkerung und vier Prozent in die Landwirtschaft. Bisher war das Verhältnis kaum ein Problem, weil die Gesamtmenge immer ausreichend war. Jetzt könne es aber zu Szenarien kommen, in denen weniger Wasser da ist als gebraucht wird, so Neunteufel.

Für Menschen wie Ahmed K. am Anemonensee bedeutet das schnell Existenzängste. Ich habe ein Lokal am See. Was, wenn alle hören, dass er kein Wasser mehr hat? , sagt er. Er habe Angst, dass dann nicht mehr so viele Leute kommen. Aber: Da kann man nichts machen, die ganze Welt trocknet aus , sagt er.

Dass die Klimakrise Österreich austrocknet, das wäre aber trotzdem ein vorschneller Schluss. Grund für das fehlende Wasser ist nämlich nicht alleine die Klimakrise, sondern ein komplexes Zusammenwirken unterschiedlicher Aspekte. Das zeigt sich auch am Anemonensee: So wenig Wasser im See, das habe es auch schon in den 1970ern und 1980ern gegeben, sagt Martin Angelmaier vom hydrologischen Dienst des Landes Niederösterreich. Grundwasserschwankungen sind ein natürlicher Prozess, weil sie den Witterungsverlauf widerspiegeln ,sagt er. Wir beobachten aber sehr wohl, dass der Niederschlag anders verteilt ist. Das deckt sich gut mit den Klimaszenarien. Angelmaier sieht die Versorgungssicherheit in Niederösterreich dennoch nicht bedroht: Der Grundwasserkörper im südlichen Wiener Becken ist sehr mächtig. Die obersten zehn Meter schwanken, aber darunter liegen noch 100, 110 Meter. Die Wasserversorgung funktioniert also weiterhin , sagt er. Die Schwankungen seien vor allem für die Menschen vor Ort dramatisch. Trotzdem: Die große Wasserkrise findet sich hier nicht.

Aus ökologischer Perspektive sind wir ihr jedoch näher, als man glauben mag. Wir nehmen mehr und mehr Flächen in Anspruch , sagt Ökologe Simon Vitecek. Er arbeitet am Department für Funktionelle und Evolutionäre Ökologie der BOKU Wien und beschäftigt sich viel mit dem Lebensraum Wasser.

Durch Bodenversiegelung oder landwirtschaftliche Nutzung könne immer weniger Wasser versickern, warnt Vitecek. Außerdem sei ein großer Teil der österreichischen Landschaft im Laufe der Geschichte entwässert worden: Wir haben viele Wiesen trockengelegt, um Ackerflächen zu schaffen, wir haben geschaut, dass das Wasser schnell aus der Landschaft abfließt. Jetzt sei das ein großes Problem für viele Tiere und Pflanzenarten, die ihren Lebensraum verlieren. Wir müssen wieder Landschaften schaffen, in denen Wasser gehalten werden kann, sagt Vitecek.

Was er meint, wird am Neusiedler See deutlich: Denn während es ökologisch noch verkraftbar ist, dass der Anemonensee, ein künstlich geschaffener Baggersee, womöglich verschwindet, steht dort ein besonderer Lebensraum auf dem Spiel. Dabei geht es aber gar nicht um den See selbst, sondern um einen viel unscheinbareren, aber enorm wichtigen Lebensraum: die Salzlacke.

Salzlacken sehen aus wie kleine Teiche und füllen sich mit Regenwasser. Das Besondere an ihnen: Unter den Lacken liegt ein sogenannter salzführender Bodenhorizont. Deshalb sind die Lacken stark vom Grundwasserspiegel abhängig. Wenn das Grundwasser ansteigt, gelangt dieses Salz in die Lacke. Im Sommer, wenn die meisten Lacken austrocknen, blühen Salze an der Oberfläche aus und bilden einen sogenannten alkalischen Stauhorizont, einen Salzboden. Das macht die Lacke zu einem salzigen Lebensraum, tausende Kilometer vom nächsten Meer entfernt, und sorgt dafür, dass sie länger Regenwasser hält. Hier brüten zum Beispiel der Säbelschnäbler, Seeregenpfeifer und Seeschwalben, und suchen nach Futter.

Seeschwalben sind Harald Grabenhofers Lieblingstiere. Sie und ihren Lebensraum zu schützen, ist seine Mission. Der 49-Jährige ist Leiter der Abteilung Forschung des Nationalparks Neusiedler See. Früher hat es hier gewuselt, sagt er und deutet auf eine Wiese am Rand der Gemeinde. Grabenhofer kommt aus der Region und er weiß: Die Wiese vor ihm sollte eigentlich eine Salzlacke sein.

Als Kind war er im Winter auf der Lacke Eislaufen, zu seiner Diplomarbeit hat er hier noch Rotbauchunken gezählt. Die seien die Vorboten des Endes der Lacke gewesen, denn eigentlich mögen sie kein salziges Wasser. Damals habe er schon vermerken müssen, dass der Lebensraum bald nicht mehr da sein werde. Leider habe er Recht behalten, sagt Grabenhofer.

Heute ist die Lacke fast komplett verschwunden. Das liegt daran, dass die Landschaft um die Lacke vor allem im 20. Jahrhundert massiv entwässert wurde, um sie landwirtschaftlich zu nutzen. Deshalb wurde auch der Grundwasserspiegel abgesenkt. Jetzt kommt noch die Klimakrise hinzu und verstärkt die Probleme, weil es früher heißer wird. Die Region im Burgenland ist deshalb ein gutes Beispiel für die Probleme mit dem Wasser in Österreich.

Denn obwohl ein fragiles Ökosystem auf dem Spiel steht: Die Bauern und Bäuerinnen der Region müssen ihre Pflanzen gießen. Gerade dann, wenn es heiß ist und wenig regnet, benötigen sie dafür Grundwasser -ein Teufelskreis.

Es ist leicht, uns Bauern als Buhmänner darzustellen, sagt Oliver Michlits. Der 26-Jährige ist Bio-Bauer in Wallern im Burgenland, einer 20 Autominuten vom Neusiedler See entfernten Gemeinde. Er steht am Eingang seines Gewächshauses und erklärt, wie er mit dem Wasser umgeht. Michlits verwendet wassersparende Tropfschläuche, darüber eine dunkle Folie, die die Verdunstung bremst. Aber trotzdem: Er bewässert. Das muss man, sagt der Bauer.

Bei Oliver Michlits läuft immer öfter ein Dieselgenerator, der Wasser aus einem Brunnen auf die Felder pumpt. So weit unten war es selten, sagt er, während er hineinblickt. Michlits weiß, dass die Bewässerung ein Problem werden kann. Er kommt aus einer Bauernfamilie. Als Kind habe er so viel Zuckermais verpackt, dass er den jetzt weder essen noch anbauen könne. Ich habe mich einfach sattgesehen, sagt er. Stattdessen baut er Paradeiser, Paprika und Gurken an. Aber auch Wasser- und Zuckermelonen, Kurkuma und Ingwer. Wenn man nicht genug gieße, stimme die Qualität der Ware nicht. Dann bleibe man schnell auf der Ernte -und damit Arbeit - einer Saison sitzen, so Michlits. Was wäre die Alternative? Dass wir nicht mehr anbauen und dafür von irgendwo importieren?

Was Michlits beschäftigt, steht für ein großes Problem: Der Wasserbedarf für die landwirtschaftliche Bewässerung ist vor allem in bestimmten Regionen und zu bestimmten Zeiten sehr hoch. Bis 2050 könnte er sich insgesamt beinahe verdoppeln -das liegt auch daran, dass Pflanzen mehr Wasser brauchen, wenn es heißer ist.

Aus hydrologischer Sicht ist ein etwas höherer Wasserverbrauch zwar kein großes Problem, aber ökologisch kann er schnell zur Katastrophe werden, sagt Simon Vitecek. Das kommt auch daher, dass wir nicht genau wissen, was auf Österreich zukommt: Die hydrologische Studie von Neunteufel und seinen Kollegen zeigt auch, dass es noch große Unsicherheiten in den Niederschlagsprognosen gibt. Denn die Modellierung von Niederschlägen und dem Einfluss der Klimakrise ist hochkomplex. Es gibt 16 verschiedene Simulationen, die für den Niederschlag zu unterschiedlichen Prognosen kommen.

Sicher ist sich die Wissenschaft aber, dass es in Österreich wärmer werden wird. Wie stark die Erwärmung ausfällt, kommt darauf an, welches Szenario eintritt. Warme Luft kann mehr Feuchtigkeit transportieren, das heißt, in Österreich wird es mehr jährlichen Niederschlag geben -so weit, so klar. Dann aber fängt die Unsicherheit an: Wann und wo wird es mehr regnen? Grundwasser braucht vor allem Niederschlag in den Wintermonaten -dazu, wie sich dieser entwickelt, gibt es aber unterschiedliche Prognosen.

Außerdem gehen die meisten Klimatologen davon aus, dass Extremereignisse im Regen zunehmen werden. Das bedeutet, dass sehr viel Regen in kurzer Zeit fällt und dann lange keiner. Auch wenn der durchschnittliche Jahresniederschlag steigt, kann es deshalb sein, dass sich trotzdem weniger neues Grundwasser bildet.

Und dann ist da noch eine weitere große Unbekannte: Was passiert, wenn Österreichs Gletscher verschwinden? Eine neue Studie der Forscher der ETH Zürich und der Schweizer Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft (WSL) stellte fest, dass sich das Volumen von Österreichs Gletschern bis 2050 halbieren wird -unabhängig von Klimaschutzmaßnahmen. Bis 2100 könnten die Gletscher fast gänzlich verschwinden. Alpen ohne Gletscher, das würde auch Österreichs Flüsse komplett verändern: Die Schneeschmelze und die Gletscher liefern nämlich neues Wasser in die Flüsse. Wenn es keine Gletscher mehr gibt, dann kommt das Wasser in den Flüssen fast nur noch von der Schneeschmelze, die schneller und früher zu Ende gehen wird. Auch das könnte ein großes Problem für das Grundwasser und die Artenvielfalt werden.

Ein Drittel der Fließgewässer in Österreich könnten von ständig fließenden zu sogenannten intermittierenden, also nicht permanent fließenden Gewässern werden. Wenn sich das durchsetzt, haben wir ein massives Problem mit fehlendem Habitat ,sagt Vitecek. Aus einer Versorgungssicht ist die Lage nicht problematisch, aber ökologisch ist die Biodiversität massiv bedroht.

Auch wenn viel auf dem Spiel steht: Die Meldungen über aktuelle Trockenheit müssen sehr differenziert betrachtet werden. Jede hat einen anderen Hintergrund. Während in der trockenfallenden Au vor Wien ein komplexes Zusammenwirken aus weniger Niederschlag, mehr Temperatur und einer lange zurückliegenden Donauregulierung Probleme bereitet, ist der niederösterreichische Anemonensee von einer leichten Schwankung des Grundwasserspiegels betroffen. Und die Austrocknung des Neusiedler Sees ist eigentlich ein natürlicher Prozess, der unabhängig vom Grundwasserspiegel passiert. Fest steht dennoch: Wir verbrauchen zu viel Fläche und zu viel Wasser, um die Artenvielfalt in Österreich zu schützen. Deshalb braucht es entschlossene Maßnahmen in allen Bereichen.

Die Industrie verbraucht zwar den Großteil des Wassers in Österreich, zum Beispiel um Metallproduktionen zu kühlen oder Papier herzustellen, aber sie entnimmt nur einen relativ kleinen Teil davon aus dem Grundwasser. Trotzdem: Der große Wasser-und Flächenverbrauch der Branche wird mehr und mehr zum Problem. Welche Maßnahmen sind geplant? Die österreichische Industrie hat viel in wassereffiziente und umweltfreundliche Anlagen investiert, Produktionsverfahren umgestellt sowie im Bereich der Kreislaufwirtschaft große Anstrengungen unternommen , sagt eine Sprecherin der Industriellenvereinigung. Es ist und war schon



immer ein Anliegen der Industrie, dass die Ressource Wasser nachhaltig genutzt wird und es dementsprechend einen Ausgleich zwischen Angebot und Bedarf an Wasser gibt. In der österreichischen Industrie wisse man: Das viele Wasser, das in Österreich vorhanden ist, bietet einen klaren Standortvorteil. Deshalb sei es im Sinne der Industrie, zu einem sicheren und nachhaltigen Wasserhaushalt beizutragen.

Ob das reicht, um die Artenvielfalt zu erhalten, bezweifeln jedoch viele Expertinnen und Experten. Sie machen deutlich: Es braucht ein Umdenken in allen Bereichen. Auch in der Landwirtschaft, sagt Gerhard Kammerer, stellvertretender Leiter des Instituts für Bodenphysik und landeskulturelle Wasserwirtschaft an der BOKU Wien. Es gehe darum, die Bewässerung effizienter zu gestalten und die Verdunstung von Wasser zu verringern. Dafür sei es zum Beispiel wichtig, dass Bäuerinnen und Bauern ihre Felder nicht brach liegen lassen, sondern zwischen dem eigentlichen Anbau sogenannte Zwischenfrüchte pflanzen. So werden Nährstoffe gebunden und die Struktur des Bodens kann mehr Wasser speichern. Außerdem müssten Landwirtinnen und Landwirte den Boden weniger stark bearbeiten, also nicht so viel pflegen, weil auch so Wasser verloren gehe, sagt Kammerer.

Viele dieser Maßnahmen sind schon Voraussetzung, um EU-oder AMA-Förderungen zu bekommen. Das begrüßt Kammerer - politisch werde langsam auf die große Herausforderung der Anpassung reagiert. Oliver Michlits hat von ihnen noch wenig gehört. Er würde zum Beispiel gern auf trockenresistente Pflanzen umsteigen -das Programm des Ministeriums dazu kennt er aber nicht.

Der Konflikt zwischen der Wassernutzung durch den Menschen und dem, was die Natur braucht, wird nicht verschwinden. Das ohnehin schon instabile Gleichgewicht des Grundwassers wird durch die Klimakrise in Zukunft noch mehr gefährdet sein -und die Konflikte, die heute schon zu Tage treten, werden sich weiter verschärfen. Gerade deshalb ist es wichtig, Gewässer zu schützen, sagt Vitecek von der BOKU. Wasser ist Teil eines Lebensraums und nicht Ärgernis oder Mangelware. Es wird dringend Zeit, dass wir auch so damit umgehen.

Am Anemonensee jedenfalls liegt das Becken leer, am Neusiedler See gehen immer mehr Salzlacken verloren. Orte wie diese Lacken sind Teil eines komplizierten Puzzles: Zum Beispiel machen viele Zugvögel, die aus Sibirien nach Afrika ziehen, an den Salzlacken am Neusiedler See Halt. Wenn sie verschwinden, verlieren sie einen weiteren der wenigen Lebensräume, die ihnen bisher noch geblieben sind. Es gibt nur noch wenige Räume für die Artenvielfalt, sagt Grabenhofer vom Nationalpark. Wenn sich nichts ändert, werden auch sie mehr und mehr verschwinden.

Die Autorin empfiehlt einen Ausflug in die Wiener Donau-Auen oder an die Salzlacken am Neusiedler See, um die naturnahen Ökosysteme in Ostösterreich, die durch weniger Grundwasser gefährdet sind, in ihrer Besonderheit zu erleben.

*Baggerarbeiten Anfang März diesen Jahres im von Austrocknung bedrohten Anemonensee in Niederösterreich.*

*Noch im Herbst blühen die Salzastern in den ausgetrockneten Lacken im Nationalpark Neusiedler See -Seewinkel auf den kargen Sodaböden. Die Salzaster ist eine wichtige Nahrungsquelle für verschiedene Insekten wie Bienen, Hummeln, Fliegen und Schmetterlinge, die bei ihr auch zur späten Blütezeit noch Nektar finden.*

*Roman Neunteufel von der BOKU ist Autor der ersten Studie zu Österreichs Grundwasserspiegel, die das Landwirtschaftsministerium beauftragt hat.*

*Bio-Bauern Heribert, Philipp und Oliver Michlits auf ihrem Hof in Wallern im Burgenland.*

*"Kurier" vom 01.07.2022 Seite: 2 Ressort: S2 Abend, Bgld, Länder, Länder2, N.Ö., Wi*

## Die gute Nachricht des Tages

Die Trinkwasserversorgung in Österreich ist auf lange Sicht gesichert. Das ist angesichts der Meldungen aus Italien sehr beruhigend. „Es wird nicht passieren, dass wir Sahara-Verhältnisse in Österreich bekommen“, sagt Roman Neunteufel, Wasserexperte der Universität für Bodenkultur – selbst bei den negativsten Auswirkungen des Klimawandels. 4

"Kurier" vom 01.07.2022 Seite: 4 Ressort: Tag Von: Thomas Pressberger UnD anita Kiefer Bgld, Länder, Länder2, N.Ö., Wi

## Warum uns das Trinkwasser nicht ausgeht

**Lebensspender. In Italien herrscht Dürre. Die Bevölkerung wird aufgerufen, Trinkwasser zu sparen und es wird über Rationierungen nachgedacht. In Österreich ist die Versorgung sicher. Und das langfristig**

Italienische Verhältnisse wird es in der österreichischen Wasserversorgung trotz Klimawandels auch langfristig nicht geben, sind sich heimische Experten einig. Punktuell kann es zwar zu Problemen kommen, aber das war auch in der Vergangenheit so.

Ein Grund sind die heimischen Berge, in denen es den meisten Niederschlag und damit die größte Grundwasserbildung gibt. Sogar bei den negativsten Szenarien des Klimawandels wird sich das nicht ändern. „Es wird nicht passieren, dass wir Sahara-Verhältnisse in Österreich bekommen“, sagt Roman Neunteufel, Wasserexperte von der Universität für Bodenkultur Wien (Boku). „Ich traue mich zu sagen: Die Trinkwasserversorgung in Österreich ist sehr sicher“, erklärt auch Wolfgang Nöstlinger, Vizepräsident der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW).

Durch den Klimawandel werde es mitunter nicht weniger, sondern mehr regnen, da warme Luft mehr Wasser transportieren könne, erklärt Neunteufel. Allerdings werde der Regen seltener und heftiger kommen. Es könne zwar sein, dass die Böden das Wasser dann nicht so gut aufnehmen könnten und der Grundwasserpegel etwas sinken werde, die Trinkwasserversorgung sieht er in Österreich aber nicht gefährdet.

Grundwasser, das in sogenannten Grundwasserkörpern im ganzen Land verteilt ist, sollte nachhaltig, also nicht über Maßen, genutzt werden. „Bevor einem aber das Trinkwasser ausgeht, kann man kurzfristig auch mehr entnehmen“, sagt Neunteufel. Wenn das nicht übertrieben werde, könne sich der Grundwasserkörper erholen.

Auch wenn es in Österreich trockene Gegenden gibt oder Menschen entsetzt vor einem ausgetrockneten Baggersee stehen oder auf den tiefen Wasserstand des Neusiedlersees schauen, ist das kein Grund zur Panik. Mancherorts kann es laut Neunteufel auch in Österreich zu Wasserverknappungen kommen, doch ist auch das nichts Neues. Vor allem aber ist die Versorgung mit Trinkwasser nicht gefährdet. Oft würden sich etwa Haushalte oder kleine Gemeinden auf zu untiefe Brunnen oder zu kleine Quellen verlassen, die dann kurzfristig versiegen könnten. In der Regel kommt dann die Feuerwehr und liefert das Wasser.

Und schließlich werden permanent wasserarme Gegenden mit Wasser aus wasserreichen Gebieten versorgt. Wie etwa das Weinviertel, das über ein weitverzweigtes Netz an Wasserrohren aus dem Tullnerfeld mit dem kühlen Nass versorgt wird. „Solche Rohrnetze gibt es in ganz Österreich“, sagt Neunteufel.

### Vorrang für Trinkwasser

Was es aber sehr wohl geben kann, sind lokale Ausfälle, sagt Wolfgang Nöstlinger vom ÖVGW. Bis 2050 könnte der Grundwasserspiegel im schlechtesten Fall, wenn gar nicht gehandelt wird, im Durchschnitt um 23 Prozent sinken. Das zeigt die Studie „Wasserschatz Österreichs“. Nöstlinger: „Im Burgenland sehen wir schon jetzt, dass sich der Grundwasserspiegel drastisch abgesenkt hat.“ Eine Situation, die sich langfristig auch in den wasserreichen Westen Österreichs verlagern könnte. „Die Trockenphasen werden länger, die Hitzephasen mehr.“ Man könnte etwa bei Bewässerungssystemen ansetzen – und mehr Regenwasser verwenden. Auch für die Landwirtschaft seien häufig schon Regenwasserauffangbecken angedacht gewesen. „Das kostet Geld. Es gibt Fördermittel, aber sie wurden reduziert. Diese Mittel müssen erhalten oder im Idealfall erhöht werden“, sagt der ÖVGW-Vize.

Eine drängende Forderung der ÖVGW ist die Priorisierung der Nutzung von Wasser für Trinkwasserzwecke im Falle einer Krisensituation per Gesetz. Die gibt es bisher nicht. Außerdem wünscht sich Nöstlinger, dass die Wasserentnahme durch die Landwirtschaft gemessen wird. Die Industrie tue das, Trinkwasserversorger hätten Wasserzähler. Dann könnten die Behörden bei einem Nutzungskonflikt auch reagieren, so die Argumentation.

Wasser zu sparen sei für Nöstlinger auch in einer Situation wie jetzt, in der genug Trinkwasser vorhanden ist, wichtig. Etwa müssten Pools nicht jedes Jahr ausgelassen und neu befüllt werden.

#### Gute Versorgung

Eine der bemerkenswertesten Versorgungsleitungen sind die Wiener Hochquellenleitungen – die man heute aus Kostengründen wahrscheinlich nicht mehr so bauen würde, sagt Neunteufel. Eher würde man Donauwasser aufbereiten. Umso mehr sei die damalige Entscheidung, die aufwendige Leitung, die Bergquellwasser nach Wien bringt, zu schätzen.

Und diese werden Wien auch künftig gut versorgen: „Durch die beiden Hochquellenleitungen, mit denen wir im Regelfall ganz Wien versorgen, sind wir gut aufgestellt“, sagt Paul Hellmeier, Betriebsvorstand von Wiener Wasser. Für noch mehr Sicherheit würden zusätzliche Grundwasserwerke sorgen.

"Kurier" vom 01.07.2022 Seite: 24 Ressort: Fuzo Von: David Kotrba Abend, Bgld, Länder, Länder2, N.Ö., Wi

## Der Bus, der dich bis zur Haustür bringt

**Mobilität. Mikro-ÖV-Dienste wie Anrufsammeltaxis sollen Menschen am Land mobil machen und dabei helfen, den Autobesitz zu reduzieren. Immer mehr Gemeinden setzen darauf**

In ländlichen Gebieten, wo der öffentliche Bus nur zwei Mal am Tag an einer Haltestelle mitten im Nirgendwo auftaucht, ist man ohne Auto verloren. Diese Aussage ist für viele Menschen, denen kein Auto zur Verfügung steht, trauriger Alltag. Alle anderen motiviert es nicht gerade, auf ihr Auto zu verzichten. In beiden Fällen könnten sogenannte Mikro-ÖV-Dienste helfen: Öffentliche Verkehrsmittel, die bei Bedarf bestellt werden und Menschen für wenig Geld innerhalb eines begrenzten Gebietes möglichst nahe an ihr Ziel bringen.

Anrufsammeltaxis, Gemeindebusse, Dorfmobile etc. gibt es an immer mehr Orten. In einem knappen Drittel aller Gemeinden in Österreich (684 von 2093) sind Mikro-ÖV-Dienste verfügbar.

Unter die Leute kommen

Die Personengruppen, die von einem schlecht ausgebauten öffentlichen Verkehr am meisten betroffen sind, sind Kinder und Jugendliche, Pensionisten sowie Menschen mit Beeinträchtigung, erzählt Michael Meschik von der Universität für Bodenkultur. Er hat 2002 an einem EU-Projekt mitgewirkt, im Zuge dessen in der Gemeinde Klaus an der Pyhrnbahn in Oberösterreich ein „Dorfmobil“ ins Leben gerufen wurde.

Innerhalb eines Gebietes mit 1200 Einwohnern holt es Fahrgäste nach einer Bestellung per Telefon von Zuhause ab und bringt sie um 2,30 Euro direkt an ihr Ziel. Wer im Dorfladen für über 20 Euro einkauft, fährt gratis. Organisiert ist das Dorfmobil in einem gemeinnützigen Verein mit ehrenamtlichen Fahrerinnen und Fahrern, die pro Tag 20 Euro Aufwandsentschädigung erhalten. Punkten kann das Angebot vor allem auf sozialer Ebene. „Man kommt damit unter die Leute“, schildert Meschik.

Viele Varianten

Mikro-ÖV kann auf ganz unterschiedliche Weisen umgesetzt werden. Es gibt etwa Kleinbusse, die einen fixen Fahrplan haben oder nur bestimmte Haltestellen bedienen. Manche sind als Anruf-Sammeltaxi für die „letzte Meile“ von einer Bahnstation bis zu einem Ziel vorgesehen oder als Zubringer zu einem Öffi-Knotenpunkt. Während einige Dienste von Vereinen betrieben werden, sind andere kommunale Eigenbetriebe oder werden von örtlichen Transportdienstleistern durchgeführt (siehe rechts).

Die günstigste Variante ist die Vereinslösung mit freiwilligen Fahrern. Sie ist allerdings auch am wenigsten skalierbar, erklärt Tobias Haider von Mobyome. Seine Firma hat mit Bedarfsverkehr.at eine Datenbank kreiert, in der sämtliche Mikro-ÖV-Systeme des Landes gesammelt sind. Er sieht die Rolle von Mikro-ÖV einerseits in der Sicherstellung einer Mobilitätsgrundversorgung für bestimmte Bevölkerungsgruppen.

Andererseits soll das Prinzip auch der Mobilitätswende nutzen und dabei helfen, Autofahrten und damit Treibhausgasemissionen zu vermeiden. In letzterem Sinne wäre es notwendig, den Besetzungsgrad von Fahrzeugen zu erhöhen, also mehrere Menschen gleichzeitig zu ihren Zielen zu befördern. Hier hätten fixe Haltepunkte und der Betrieb durch ein professionelles Unternehmen eher Vorteile. Wie ein Mikro-ÖV-Dienst genau gestaltet wird, sollte von den Bedürfnissen der Nutzer abhängen, meint Stephanie Schasché von der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt. Faktoren, an die man selten denkt, können die Akzeptanz maßgeblich steigern. Etwa ob man zu einer Haltestelle zwar nicht weit gehen muss, dafür aber bergauf oder bergab.

Klimaschutzeffekt

Ob Rufbusse, Dorfmobile, Sammeltaxis und Co. tatsächlich dazu führen, dass Treibhausgasemissionen eingespart werden, das lässt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. „Der Effekt ist noch nicht messbar“, sagt Tobias Haider. Auf jeden Fall einsparen lassen sich Emissionen mit E-Autos. 12 Prozent aller Mikro-ÖV-Angebote in Österreich verwenden sie bereits.

"Österreich" vom 01.07.2022 Seite 18 Ressort: Business & Geld Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol, Vorarlberg, Kärnten, Steiermark, Salzburg, Burgenland

umweltministerin mit Top-Managern

## Breite Allianz von Politik und Wirtschaft gegen Klimakrise

**Mit dabei sind u. a. ÖBB-Boss Matthä und Ex-Verbund-Chef Anzengruber.**

Wien. Alleine kann niemand die Welt retten -für eine rasche Klimawende braucht es einen großen Schulterschluss. Eine "breite Allianz für mehr Klimaschutz" haben am Donnerstag Vertreter aus Politik, Finanz und Wissenschaft bei einem Medientermin in Wien gefordert. Am Tag fünf der aktuellen Hitzewelle erinnerte umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) einleitend an die Klimakrise, aber das eigentliche Motto laute "Handeln", meinte Ex-Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber -"gesprachen und geredet" habe man schon genug. Mit dabei sind weiters ÖBB-Chef Andreas Matthä, Grawe-Vorsitzender Othmar Ederer, Boku-Rektorin Eva Schulev-Steindl und Kurt Weinberger, Chef der Österreichischen Hagelversicherung. Bei den Versicherern seien die negativen Auswirkungen der Klimakrise längst angekommen, so Ederer. Mit der umlenkung von Kapitalanlagen in nachhaltige Investitionen leiste die Branche einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

*Wirtschaftsvertreter machen mobil für den Klimaschutz.*

"kurier.at" gefunden am 01.07.2022 00:51 Uhr

## Klimaschutz: Politik, Finanz und Wissenschaft für "breite Allianz"

### **Umweltministerin Gewessler: "Niemand kann diese große Aufgabe 'Klimaschutz' allein bewältigen."**

Eine "breite Allianz für mehr Klimaschutz" haben am Donnerstag sechs Vertreter aus Politik, Finanz und Wissenschaft bei einem Medientermin in Wien gefordert. "Niemand kann diese große Aufgabe 'Klimaschutz' allein bewältigen", betonte Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) in ihrer einleitenden Rede, also müssten die Akteure zusammenspielen. "Wir brauchen alle Schichten der Gesellschaft", meinte auch Ex-Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber.

Beim Klimaschutz würde die Konzentration zu sehr auf Energie liegen, dabei sei es "erschütternd mit welchem Wirkungsgrad wir Energie nutzen". Ein Negativbeispiel sei hier etwa der Verbrennungsmotor, dem in der EU gerade erst ein Ende bis 2035 gesetzt wurde. Aber: "Warten wir jetzt 13 Jahre bis das Verbot greift?" fragte Anzengruber und gab gleich selbst die Antwort: Schon jetzt könnte man Geschwindigkeitsbegrenzungen für Automobile einführen oder ein Werbeverbot für großvolumige Autos. Und von Verzicht dürfe man dann nicht reden, denn "ansonsten würden wir auf unsere Zukunft verzichten".

Nicht von Verzicht reden wollte auch die Rektorin der Universität für Bodenkultur (Boku), Eva Schulev-Steindl, in Bezug auf die Forderung, den Klimaschutz in die Verfassung zu heben. Zwar gebe es Stimmen, die einem derartigen Vorhaben die Sinnhaftigkeit absprechen würden, aber die Expertin für Verfassungs- und Umweltrecht hielt dagegen, dass klare Rahmenbedingungen für die Energiewende nötig seien. Ein Pariser Klimavertrag reiche da nicht aus - wenn Staaten ihre Klimaziele nicht einhalten, gebe es ja keine Konsequenzen. "Es macht daher Sinn bestimmte Eckdaten in der Verfassung zu verankern", sagte Schulev-Steindl, und schlug das 1,5-Grad-kompatible Treibhausgasbudget vor - eine "langfristige Vorgabe, von der ein Reduktionspfad abgeleitet werden kann", und zwar von Bund und Ländern.

"Wir spüren auf Versicherungsseite die Auswirkungen der Klimakrise ganz klar", sagte Othmar Ederer, ehemaliger Generaldirektor der Grazer Wechselseitigen Versicherung (Grawe). Neben gesetzlichen Vorgaben benötigt der so notwendige Klimaschutz auch den privaten Finanzsektor, für den der für Naturkatastrophen und Green Finance zuständige Experte sprach. "In der österreichischen Finanzwirtschaft gibt es ein klares Bekenntnis zu 'Green Finance'", sagte Ederer. Man wolle das Geschäft an Klimazielen orientieren, aber in der Branche hadere man ein wenig mit der Gesetzgebung, "die voraus marschiert, ohne die Taxonomie auch mitzuliefern" - diese sollte zusätzlich auch "les- und lebbar sein, und nicht nur von einer Handvoll Experten verstanden werden". 120 Milliarden Euro Kapital hätten die Versicherungen jedenfalls, die investiert und reinvestiert werden können.



"kurier.at" gefunden am 01.07.2022 02:54 Uhr

# Warum in Österreich das Trinkwasser nicht ausgeht

**Anders als in Italien, wo über Rationierung nachgedacht wird, ist die Versorgung in Österreich sicher. Und das langfristig.**

Italienische Verhältnisse wird es in der österreichischen Wasserversorgung trotz Klimawandels auch langfristig nicht geben, sind sich heimische Experten einig. Punktuell kann es zwar zu Problemen kommen, aber das war auch in der Vergangenheit so.

Ein Grund sind die heimischen Berge, in denen es den meisten Niederschlag und damit die größte Grundwasserbildung gibt. Sogar bei den negativsten Szenarien des Klimawandels wird sich das nicht ändern. „Es wird nicht passieren, dass wir Sahara-Verhältnisse in Österreich bekommen“, sagt Roman Neunteufel, Wasserexperte von der Universität für Bodenkultur Wien (Boku).

## Mehr Regen

„Ich traue mich zu sagen: Die Trinkwasserversorgung in Österreich ist sehr sicher“, erklärt auch Wolfgang Nöstlinger, Vizepräsident der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW).

Durch den Klimawandel werde es mitunter nicht weniger, sondern mehr regnen, da warme Luft mehr Wasser transportieren könne, erklärt Neunteufel. Allerdings werde der Regen seltener und heftiger kommen. Es könne zwar sein, dass die Böden das Wasser dann nicht so gut aufnehmen könnten und der Grundwasserpegel etwas sinken werde, die Trinkwasserversorgung sieht er in Österreich aber nicht gefährdet.

## Rasche Erholung

Grundwasser, das in sogenannten Grundwasserkörpern im ganzen Land verteilt ist, sollte nachhaltig, also nicht über Maßen, genutzt werden. „Bevor einem aber das Trinkwasser ausgeht, kann man kurzfristig auch mehr entnehmen“, sagt Neunteufel. Wenn das nicht übertrieben werde, könne sich der Grundwasserkörper erholen.

Auch wenn es in Österreich trockene Gegenden gibt oder Menschen entsetzt vor einem ausgetrockneten Baggersee stehen oder auf den tiefen Wasserstand des Neusiedlersees schauen, ist das kein Grund zur Panik. Mancherorts kann es laut Neunteufel auch in Österreich zu Wasserverknappungen kommen, doch ist auch das nichts Neues.

Vor allem aber ist die Versorgung mit Trinkwasser nicht gefährdet. Oft würden sich etwa Haushalte oder kleine Gemeinden auf zu untiefe Brunnen oder zu kleine Quellen verlassen, die dann kurzfristig versiegen könnten. In der Regel kommt dann die Feuerwehr und liefert das Wasser.

Und schließlich werden permanent wasserarme Gegenden mit Wasser aus wasserreichen Gebieten versorgt. Wie etwa das Weinviertel, das über ein weitverzweigtes Netz an Wasserrohren aus dem Tullnerfeld mit dem kühlen Nass versorgt wird. „Solche Rohrnetze gibt es in ganz Österreich“, sagt Neunteufel.

## Vorrang für Trinkwasser

Was es aber sehr wohl geben kann, sind lokale Ausfälle, sagt Wolfgang Nöstlinger vom ÖVGW. Bis 2050 könnte der Grundwasserspiegel im schlechtesten Fall, wenn gar nicht gehandelt wird, im Durchschnitt um 23 Prozent sinken. Das zeigt die Studie „Wasserschatz Österreichs“. Nöstlinger: „Im Burgenland sehen wir schon jetzt, dass sich der Grundwasserspiegel drastisch abgesenkt hat.“ Eine Situation, die sich langfristig auch in den wasserreichen Westen Österreichs verlagern könnte.

„Die Trockenphasen werden länger, die Hitzephase mehr.“ Man könnte etwa bei Bewässerungssystemen ansetzen – und mehr Regenwasser verwenden. Auch für die

Landwirtschaft seien häufig schon Regenwasserauffangbecken angedacht gewesen. „Das kostet Geld. Es gibt Fördermittel, aber sie wurden reduziert. Diese Mittel müssen erhalten oder im Idealfall erhöht werden“, sagt der ÖVGW-Vize.

Eine drängende Forderung der ÖVGW ist die Priorisierung der Nutzung von Wasser für Trinkwasserzwecke im Falle einer Krisensituation per Gesetz. Die gibt es bisher nicht. Außerdem wünscht sich Nöstlinger, dass die Wasserentnahme durch die Landwirtschaft gemessen wird. Die Industrie tue das, Trinkwasserversorger hätten Wasserzähler. Dann könnten die Behörden bei einem Nutzungskonflikt auch reagieren, so die Argumentation.

Wasser zu sparen sei für Nöstlinger auch in einer Situation wie jetzt, in der genug Trinkwasser vorhanden ist, wichtig. Etwa müssten Pools nicht jedes Jahr ausgelassen und neu befüllt werden.

#### Gute Versorgung

Eine der bemerkenswertesten Versorgungsleitungen sind die Wiener Hochquellenleitungen – die man heute aus Kostengründen wahrscheinlich nicht mehr so bauen würde, sagt Neunteufel. Eher würde man Donauwasser aufbereiten. Umso mehr sei die damalige Entscheidung, die aufwendige Leitung, die Bergquellwasser nach Wien bringt, zu schätzen.

Und diese werden Wien auch künftig gut versorgen: „Durch die beiden Hochquellenleitungen, mit denen wir im Regelfall ganz Wien versorgen, sind wir gut aufgestellt“, sagt Paul Hellmeier, Betriebsvorstand von Wiener Wasser. Für noch mehr Sicherheit würden zusätzliche Grundwasserwerke sorgen.

© Bild: Kurier © Bild: Kurier © Bild: Kurier

© Bild: Kurier © Bild: Kurier © Bild: Kurier

© Bild: Kurier © Bild: Kurier © Bild: Kurier

"studium.at" gefunden am 01.07.2022 08:30 Uhr

## 83 Prozent der Baumarten unter Druck durch menschliche Aktivität

**Laut einer globalen Studie über mehr als 46.000 Baumarten stehen rund 83 Prozent davon unter Druck durch menschliche Aktivitäten, 15 Prozent unter starkem bis sehr starkem Druck. Wie ein internationales Forscherteam, dem auch Peter Hietz von der BOKU angehörte, im Fachjournal "PNAS" berichtet, liegt die Hälfte der Verbreitungsgebiete einzelner Baumarten in Landschaften ohne Schutzstatus. Jede siebente wächst ausschließlich in ungeschützten Regionen.**

Wir verwenden Cookies

Wir verwenden Cookies, um Inhalte und Anzeigen zu personalisieren, Funktionen für soziale Medien anbieten zu können und die Zugriffe auf unsere Website zu analysieren. Außerdem geben wir Informationen zu Ihrer Verwendung unserer Website an unsere Partner für soziale Medien, Werbung und Analysen weiter. Unsere Partner führen diese Informationen möglicherweise mit weiteren Daten zusammen, die Sie ihnen bereitgestellt haben oder die sie im Rahmen Ihrer Nutzung der Dienste gesammelt haben.

Rund 64.000 Baumarten kennt man bereits. Weitere 9.000 wachsen noch inkognito in den Wäldern weltweit, hat eine Anfang des Jahres ebenfalls im Fachjournal "PNAS" veröffentlichte Arbeit gezeigt, an der Wissenschaftler des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien beteiligt waren.

In der aktuellen Publikation haben die Forscher um Jens-Christian Svenning von der Universität Aarhus eine Datenbank mit 46.752 Baumarten analysiert und deren geografische Verteilung (in Rasterzellen von 110 Kilometer) berechnet. Dies kombinierten sie mit einer globalen Karte, die zeigt, wie intensiv menschliche Aktivitäten die Natur beeinflussen, sowie Informationen über weltweit mehr als 200.000 Schutzgebiete.

Demzufolge liegen 50,2 Prozent der Verbreitungsgebiete einzelner Baumarten in Landschaften ohne Schutz. Insgesamt 6.377 (13,6 Prozent) mit nur sehr begrenzter Verbreitung sind völlig ungeschützt.

Nur 17 Prozent ohne Stress

Durchschnittlich 14,8 Prozent der untersuchten Baumarten sind hohem oder sehr hohem menschlichen Druck ausgesetzt, 68,5 Prozent stehen unter mäßigem Druck - in Summe also rund 83 Prozent. Nur 17 Prozent der Arten haben keinen Stress aufgrund menschlicher Aktivitäten.

Anhand dieser Daten lasse sich nun berechnen, wo es am wichtigsten ist, Naturgebiete zu erhalten bzw. wiederherzustellen, um die biologische Vielfalt wirksam zu schützen, betonen die Forscher. Zudem haben sie die am besten geeigneten Standorte für potenzielle Schutzgebiete berechnet, um die Vielfalt zu erhalten.

"Das haben wir nicht nur im Hinblick auf die Artenzahl, sondern auch auf ihre evolutionären und funktionellen Unterschiede getan, also drei Kategorien von Biodiversität unterschieden", betonte Peter Hietz vom Department für Integrative Biologie und Biodiversitätsforschung der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien gegenüber der APA. Denn es gehe nicht nur darum, einzelne Arten, sondern auch die funktionelle und die phylogenetische Diversität zu schützen.

Funktionelle Diversität von Vorteil

"Zehn Baumarten, die alle sehr ähnliche Eigenschaften haben, sind zehn verschiedene Arten, aber die Diversität ihrer Funktionen, etwa wie sie auf die Umwelt reagieren und welche Anpassungsmechanismen sie haben, ist relativ gering", so Hietz. Angesichts des globalen

Wandels ist dagegen eine möglichst große funktionelle Diversität mit vielen unterschiedlichen Funktionen und Strategien vorteilhaft.

Bei der phylogenetischen Diversität geht es primär darum, wie nahe Arten miteinander verwandt sind. "Es gibt etwa 500 Eichenarten. Stirbt eine davon aus, ist das von der genetischen Diversität her weniger schwerwiegend als wenn die einzige existierende Ginkgoart ausstirbt, die weit und breit keine lebenden Verwandten hat und die eine Menge Gene hat, die es sonst nirgendwo gibt", sagte Hietz.

In einer weiteren, im Fachjournal "Nature Communications" veröffentlichten Arbeit, an der Hietz beteiligt war, hat ein internationales Forscherteam die Merkmale von rund 50.000 Baumarten analysiert. Sie haben damit die nach ihren Angaben größte Datenbank über u.a. Blatt-, Samen-, Rinden-, Holz-, Kronen- und Wurzeleigenschaften geschaffen.

#### Mustererkennung als Ziel

Ziel war es dabei, Muster in den Merkmalen von Bäumen zu erkennen, beispielsweise welche häufig zusammen auftreten und wie sich diese gegenseitig beeinflussen. "Da sieht man naheliegende wechselseitige Beziehungen, etwa dass die Baumhöhe mit dem Kronendurchmesser zusammenhängt, aber auch weniger selbstverständliche, etwa dass der Stickstoffgehalt mehr mit der Blattdicke als mit dem Phosphor zusammenhängt", so Hietz.

Von Bedeutung ist das alles etwa im Zusammenhang mit dem Klimawandel: "Setzt man die Ergebnisse in Relation mit Klima-Parametern wie Niederschlag oder Temperatur, kann man aus einfach zu messenden Merkmalen sagen, wie sich das Artenspektrum der Bäume mit bestimmten funktionellen Eigenschaften verschieben wird, wenn sich das Klima in dieser oder jener Weise verändert", sagte Hietz. Erkennen lasse sich daran auch, welche Baumarten etwa besser an Trockenheit und die zunehmende Zahl an Waldbränden angepasst sind.

Service: Arbeit in PNAS: <https://doi.org/10.1073/pnas.2026733119> ; Arbeit in Nature Communications: <https://doi.org/10.1038/s41467-022-30888-2>

(APA/red, Foto: APA/APA/dpa)

"diepresse.com" gefunden am 01.07.2022 08:42 Uhr Von: Michael Lohmeyer

## Wissenschaftler gegen Atomkraft-Taxonomie

**In einem offenen Brief an das EU-Parlament lehnen Atom-Wissenschaftler und Experten den Plan ab, Atomkraft als „nachhaltig“ einzustufen und damit Zugang zu grünen Fondsgeldern zu ermöglichen.**

24 Wissenschaftler sprechen sich mit Nachdruck dagegen aus, Atomkraft als nachhaltig einzustufen und damit AKW-Projekten den Zugang zu grünen Fondsgeld zu öffnen. Die Experten melden sich jetzt zu Wort, weil sich in der nächsten Woche das EU-Parlament mit der Taxonomie beschäftigt.

Unter den Wissenschaftlern sind auch Wolfgang Liebert und Nikolaus Müllner, (Institut für Sicherheits- und Risiko-Wissenschaften an der Universität für Bodenkultur in Wien), Paul Dorfmann (Science Policy Research Unit, University of Sussex) oder Wolfgang Renneberg, (Ex-Direktor der deutschen Nuklearaufsicht). Die meisten Wissenschaftler arbeiten in der „International Nuclear Risk Assessment Group“ zusammen.

Der Brief ist an die Präsidentin des Europäischen Parlaments sowie an die Vorsitzenden der einzelnen Parlamentsfraktionen gerichtet. In dem Brief heißt es unter anderem, dass es „wirtschaftlich keinen Sinn macht“, Atomkraft in die Taxonomie-Verordnung aufzunehmen. Außerdem sei „die industrielle Infrastruktur“ nicht entsprechend, um Treibhausgase im ausreichenden Umfang einzusparen.

Im Gegenteil: Das Ressourcen- und das Entsorgungsproblem, denen die Bevölkerung ausgesetzt werden, werde noch weiter verschärft. Dazu komme noch, dass der Krieg, den Russland gegen die Ukraine führt, zeige, welche Gefahren in und um AKW durch Kriege entstehen können. Zudem bestehe die Gefahr, dass nukleares Material in die falschen Hände geraten könnte. Vor diesem Hintergrund wäre es „unverantwortlich“, Atomkraft unter den Schirm der Taxonomie zu stellen.

Die Kritik der Wissenschaftler im Detail:

„Atomkraft ist in absoluten Zahlen zu teuer;

Atomkraft ist relativ zu teuer (bezogen auf die Kosten zur Vermeidung von Treibhausgasen)

In der Beurteilung selbst der weltweit größten Banken und privaten Investoren ist Atomkraft zu unwirtschaftlich und zu risikobehaftet. Auch deshalb, weil keine privatwirtschaftliche Versicherung bereit ist, Atomkraftwerke gegen die möglichen Unfallkosten radioaktiver Freisetzungen ausreichend zu versichern

Atomkraft ist nicht nachhaltig wegen der ungelösten Probleme des langlebigen radioaktiven Abfalls

Atomkraft ist sicherheitspolitisch gefährlich, weil eine Vielzahl neuer Reaktoren und gerade auch neu vorgeschlagene Reaktortypen dazu beitragen, das Risiko der Weiterverbreitung von Atomwaffen zu erhöhen

Atomkraft ist militärpolitisch gefährlich, wie der Ukraine Krieg praktisch zeigt

Atomkraft ist inhärent gefährlich wegen unvermeidbarer Unfälle aufgrund von menschlichen Fehlern, technischen Fehlern und äußeren Einwirkungen.

Atomenergie ist konfrontiert mit zu vielen ungelösten ökonomischen, technischen und Sicherheitsproblemen sogenannter „neuer“ Reaktorkonzepte, einschließlich „fortgeschrittener“ und kleiner modularer Reaktoren (SMRs)

Atomkraft ist zu groß und zu komplex, um industriell, technologisch und operativ rechtzeitig für die Begrenzung des Klimawandels zur Verfügung zu stehen. In Anbetracht der langen Entwicklungs-

Planungs- und Bauzeiten, der vorhandenen Baukapazitäten sowie der dafür benötigten Kosten ist Atomenergie bereits allein deshalb keine realistische Option.“

Im Statement von diesem Donnerstag bekräftigen die Wissenschaftler einen im März veröffentlichten Brief an die EU-Kommission den vier ehemalige Leiter von Atomaufsichtsbehörden bzw -stellen verfasst hatten. Darin wird der Atomkraft die Fähigkeit abgesprochen, irgendeinen Aspekt der Klimakrise nachhaltig lösen zu können.

Zumindest diesen Punkt sieht die EU-Kommission anders: „Es muss anerkannt werden, dass der fossile Gas- und der Kernenergiesektor zur Dekarbonisierung der Wirtschaft der Union beitragen können“, hieß es, als der Taxonomie-Vorschlag präsentiert worden ist. Dieser ist am späten Abend des Silvestertages 2021 von der EU-Kommission veröffentlicht worden. Die Bedingungen für den Zugang zu Geld aus grünen Geldtöpfen: Die AKW müssen den aktuellen technischen Standards entsprechen und Bauanträge bis spätestens 2045 genehmigt sein.

Zudem wird den Betreibern auferlegt, dass bis spätestens 2050 ein Plan für die Entsorgung der Brennstäbe, also für ein Endlager, vorgewiesen werden muss. Diese Argumentation folgt vor allem der Position Frankreichs – ein Land mit einem sehr hohen Stromanteil aus der Kernkraft. Unterstützt wurden die Franzosen vor allem von Belgien und Polen.

In der kommenden Woche beschäftigt die Taxonomie das Europa-Parlament. Sollte sich eine Mehrheit dagegen aussprechen, dann kann das Vorhaben gekippt werden. Geschieht dies nicht, so tritt die Taxonomie-Verordnung in Kraft.

*Das französische AKW Tricastin. In Frankreich ist der Anteil von Atomkraft bei der Stromgewinnung besonders hoch. (c) AFP via Getty Images (JEFF PACHOUD)*

"oekonews.at" gefunden am 01.07.2022 01:57 Uhr

## Breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich

**Niemand kann die Welt alleine retten: Für eine rasche Klimawende braucht es uns alle.**

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler informiert gemeinsam mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Verbund AG Wolfgang Anzengruber, dem Vorsitzenden der GRAWE-Vermögensverwaltung Othmar Ederer, dem ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä, der Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl und dem Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Hagelversicherung Kurt Weinberger über "Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich".

**Gewessler: Wir schaffen den Wandel**

Der brutale Angriffskrieg auf die Ukraine führt uns einmal mehr vor Augen: Wir müssen raus aus den fossilen Rohstoffen, und zwar so schnell wie möglich. Nur so können wir sicherstellen, dass auch künftige Generationen ein gutes Leben haben - und nicht von Putins Gnaden abhängig sind. Die Allianz für mehr Klimaschutz kann also gar nicht breit genug sein: Sei es beim Ausbau von Erneuerbarer Energie, beim Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, beim Schutz von gesundem Boden - oder bei der Frage, wie wir künftig unser Geld investieren. Wenn wir alle an einem Strang ziehen, werden wir den Wandel schaffen.

**Anzengruber: Mobilitätswende als Beitrag zum Klimaschutz**

Das Gelingen einer umfassenden Energiewende hin zu einer weitgehenden Abkehr von fossilen Rohstoffen war und ist alternativlos. Die notwendigen Maßnahmen reichen von einer signifikanten Steigerung der Energieeffizienz, über die umfassende Nutzung aller erneuerbaren Energietechnologien, bis zu Verhaltensänderungen bei der Inanspruchnahme von begrenzten Ressourcen. Die aktuelle politische, ökonomische und ökologische Situation zwingt uns die Dynamik des Handelns erheblich zu beschleunigen, um eine Zukunft zu gestalten, die von Lebensqualität und Wohlstand geprägt ist. Wir haben die benötigten Technologien, das Wissen, das Kapital und die Kompetenzen um erfolgreich zu sein. Deshalb gilt es konsequent die restlichen Zweifler zu überzeugen und bremsende Bürokratie pragmatisch zu beseitigen. Es gibt keinen "Plan B"!

**Ederer: Versicherungen leisten signifikanten Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele**

Die negativen Auswirkungen der Klimakrise sind bei uns Versicherern längst angekommen - immer häufiger sind wir mit außergewöhnlichen Wetterereignissen wie Hochwasser, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden konfrontiert. Die Hagelversicherung unterstützt die Landwirtschaft mit innovativen Versicherungskonzepten, sie bietet die umfassendste Produktpalette und modernste Schadenserhebung Europas an. Die österreichischen Versicherer versorgen Ihre Kunden mit umfassendem Versicherungsschutz für die Naturgefahren Sturm, Hagel, Schneedruck und Erdbeben. Um den Übergang zu einer klimaresilienten Wirtschaft zu unterstützen, leistet die Versicherungswirtschaft mit dem Green Deal und der Umlenkung von Kapitalanlagen in nachhaltige Investitionen einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

**Matthä: Maßnahmen für eine Energiewende**

Hitzerekorde, Unwetter - wir spüren den Klimawandel längst. Wir müssen uns alle anstrengen und gemeinsam für die Klimawende arbeiten. Als eines von Österreichs größten Klimaschutzunternehmen nehmen die ÖBB ihre Verantwortung ernst. Schon jetzt ersparen wir Österreich mit unseren Verkehrsleistungen - also mit Bahn und Bus - rund 4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Denn ohne erfolgreiche und nachhaltige Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene werden die österreichischen Klimaziele nicht erreicht. Die gute Nachricht: Die Verkehrswende hat begonnen, der Bahnboom ist da - wir verzeichnen im Fernverkehr ein Plus von 15 Prozent an Fahrgästen gegenüber unserem Rekordjahr 2019. Und wir sind vorbereitet:

Wir werden bis 2030 die Sitzplatzkapazität in den Zügen um 30 Prozent erhöhen - für unsere Kund:innen und um unsere Klimaziele zu erreichen.

Schulev-Steindl: Klimaschutz in der Verfassung

Soll Österreich im Jahr 2040, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, klimaneutral werden, braucht es stabile Rahmenbedingungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die einen wirksamen und ökonomisch effizienten, aber auch sozial ausgeglichenen Weg zur "Dekarbonisierung" vorzeichnen. Aus rechtlicher Sicht sollte daher in der Verfassung ein auf wissenschaftlicher Evidenz beruhendes Treibhausgasbudget Österreichs, ein Kooperations- und Compliance-Mechanismus, der die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für die Klimapolitik stärkt, sowie ein über bloße Staatszielbestimmungen hinausgehendes Grundrecht der Bürger:innen auf Klimaschutz verankert werden.

Weinberger: Wir brauchen ein neues Wirtschaftsdenken

Faktum ist: Nicht die Natur braucht uns, sondern wir brauchen die Natur. Weitermachen wie bisher ist keine Option. Daher müssen wir die Natur schützen und endlich einen Wandel hin zu einem intelligenteren Wirtschaftsdenken einleiten. Den Wohlstand einer Gesellschaft allein an einer einzigen Kennzahl - wie dem Bruttoinlandsprodukt - zu bemessen, ist fatal. Das heißt, wir müssen Wirtschaft neu denken. Wir müssen in die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch die Kennzahl Naturkapital aufnehmen. Wir brauchen einen intakten Natur- und Lebensraum, um zum Beispiel die nationale Lebensmittelversorgungssicherheit zu erhalten. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen. Alles andere wäre grob fahrlässig. Unsere Kinder und Kindeskiner werden es uns danken!

Artikel Online geschaltet von:



"asscompact.at" gefunden am 01.07.2022 08:48 Uhr

## Hagelversicherung: „Wir müssen uns vom alten Denken verabschieden!“

**Klimaschutzministerin Leonore Gewessler war zu Gast beim elften Nachhaltigkeitsfrühstück der Österreichischen Hagelversicherung. Themen waren die Klima- und Energiekrise und alternative Wege.**

Österreich soll bis 2040 klimaneutral sein. Und bis 2030 soll der Bodenverbrauch von aktuell 11,5 Hektar pro Tag auf 2,5 Hektar pro Tag reduziert werden. Was braucht es zur Zielerreichung? „Wir müssen umdenken. Unbegrenztes Wirtschaftswachstum mit dem Ziel der Gewinnmaximierung zu Lasten der Natur ist heute nicht mehr zeitgemäß. Das ist altes Denken. Das ist Denken ohne Hausverstand. In Zeiten von Umweltkrisen wird dieses Denken von jungen Menschen zu Recht zunehmend kritisiert. Nur, sie werden leider viel zu wenig gehört, viel zu stark sind die anderen Kräfte. Eines ist klar: Weitermachen wie bisher ist keine Option. Den Wohlstand einer Gesellschaft allein an einer einzigen Kennzahl – wie dem Bruttoinlandsprodukt – zu bemessen, ist fatal. Das heißt, wir müssen Wirtschaft neu denken. Wir müssen in die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch die Kennzahl Naturkapital aufnehmen. Zum Beispiel: Wie viel Böden haben wir wieder durch Verbauung für immer zerstört? Wie viel umweltschädigende fossile Energie haben wir wieder verbrannt?“, so der Vorstandsvorsitzende der Österreichischen Hagelversicherung, Dr. Kurt Weinberger, zusammengefasst in seinem Eingangsstatement beim elften Nachhaltigkeitsfrühstück mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, an die 150 Meinungsbildner und Entscheider aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Kultur.

**Gewessler:** Wir müssen alle an einen Strang ziehen

„In Zeiten wie diesen, sind wir mehr denn je gefordert, unsere Energie selbst zu erzeugen. Dazu gehört Energie aus Sonne, aus Wasser, aus Wind und Biomasse. Jedes Windrad, das wir aufstellen, jede Gas-Therme, die wir tauschen, ist ein Schritt in Richtung Unabhängigkeit. Das heißt: Wir alle müssen umdenken, wenn es darum geht, wie wir künftig unsere Wohnungen heizen und wie der Strom erzeugt wird, der aus unseren Steckdosen kommt. Wir müssen raus aus den fossilen Rohstoffen und rein in die erneuerbaren Energien. Und das so schnell wie möglich. Wenn wir schon beim Umsteigen sind: Auch in der Frage, wie wir uns künftig fortbewegen, braucht es einen Wandel. Hier geht es darum: Wollen wir weiterhin mit Verbrennungsmotoren die Luft verschmutzen und mit immer noch mehr Straßen den Menschen den Platz zum Leben nehmen? Oder steigen wir auf öffentliche Verkehrsmittel um, die uns entspannt und sicher an unser Ziel bringen – und dabei das Klima, die Geldbörse und den Bodenverbrauch schonen? Das Thema Klimaschutz zieht sich praktisch durch alle Lebensbereiche. Ob wir die Wende schaffen, hängt also nicht zuletzt davon ab, wie gut wir darin sind, an einem Strang zu ziehen“, so die Klimaschutzministerin an die Runde der engagierten Opinion Leader, die sich Tag für Tag für den Klimaschutz stark machen.

**Weinberger:** Der Klimawandel braucht einen Wandel

Kurt Weinberger unterstrich in seinem Statement an die anwesenden Opinion Leader: „Wir sind beim Klimaschutz schon ein Stück weitergekommen. Stichwort Klimaticket! Wir brauchen auch keine neuen Straßen, haben wir doch schon eines der dichtesten Straßennetze in Europa. Es braucht aber noch weiterhin den Mut Wirtschaft neu zu denken. Es ist aber nicht nur die gesamte Politik gefordert, sondern auch jedes einzelne Unternehmen – wie übrigens auch jeder von uns in unserem persönlichen Mobilitäts- und Konsumverhalten. Eines ist klar: Wer die Klimaarbeit aufschiebt, lebt jedenfalls auf Kosten von morgen. Die Probleme, vor denen wir noch stehen, sind drängend und existenziell. Bei allen Interessen, welche die Menschheit heute verfolgt, dürfen wir eines für unsere Zukunft und vor allem für die Zukunft unserer Kinder und Kindeskiner nicht

vergessen: Die Erde ist uns nur geliehen. Wir haben die verantwortungsvolle Aufgabe, sie an unsere Kinder und Enkelkinder in einem ordentlichen Zustand weiter zu geben!“

Foto oben (ÖHV/Thomas Suchanek, v.li.): Breite Allianz für mehr Klimaschutz beim 11. Nachhaltigkeitsfrühstück der Österreichischen Hagelversicherung – Ferdinand Lembacher, Generalsekretär der Landwirtschaftskammer Österreich; Andreas Klauser, CEO PALFINGER Group; Dompfarrer Toni Faber; Wolfgang Anzengruber, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Verbund AG; Andreas Matthä, Vorstandsvorsitzender der ÖBB; Klimaschutzministerin Leonore Gewessler; Ernst Karpfinger, Aufsichtsratspräsident der Österreichischen Hagelversicherung und Präsident der Vereinigung der österreichischen Rübenbauernorganisationen; Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung; Eva Schulev-Steindl, Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien; Doris Wendler, Vorstandsdirektorin der WIENER STÄDTISCHE Versicherung AG Vienna Insurance Group; Othmar Ederer, Vorsitzender der GRAWE-Vermögensverwaltung; Olga Voglauer, Abgeordnete zum Nationalrat; Matthias Grün, Direktor Esterházy Forst- und Naturmanagement;: „Wir brauchen ein neues Wirtschaftsdenken!“

"futurezone.at" gefunden am 01.07.2022 06:06 Uhr

## Wenn dich der Bus bis vor die Haustür bringt

**Mikro-ÖV-Dienste wie Anrufsammeltaxis machen Menschen ohne Auto am Land mobil. Immer mehr Gemeinden setzen darauf.**

In ländlichen Gebieten, wo der öffentliche Bus nur zwei Mal am Tag an einer Haltestelle mitten im Nirgendwo auftaucht, ist man ohne Auto verloren. Diese Aussage ist für viele Menschen, denen kein Auto zur Verfügung steht, trauriger Alltag. Alle anderen motiviert es nicht gerade, auf ihr Auto zu verzichten. In beiden Fällen könnten sogenannte Mikro-ÖV-Dienste helfen: Öffentliche Verkehrsmittel, die bei Bedarf bestellt werden und Menschen für wenig Geld innerhalb eines begrenzten Gebietes möglichst nahe an ihr Ziel bringen.

Sie sollen ansonsten eingeschränkte Personen mobil machen und dabei helfen, den individuellen Autobesitz am Land zu reduzieren. Anrufsammeltaxis, Gemeindebusse etc. gibt es an immer mehr Orten. In einem knappen Drittel aller Gemeinden in Österreich (684 von 2093) sind Mikro-ÖV-Dienste verfügbar.

Unter die Leute kommen

Die Personengruppen, die von einem schlecht ausgebauten öffentlichen Verkehr am meisten betroffen sind, sind Kinder und Jugendliche, Pensionist\*innen sowie Menschen mit Beeinträchtigung, erzählt Michael Meschik vom Institut für Verkehrswesen an der Universität für Bodenkultur. Er hat 2002 an einem EU-Projekt mitgewirkt, im Zuge dessen in der Gemeinde Klaus an der Pyhrnbahn in Oberösterreich ein "Dorfmobil" ins Leben gerufen wurde.

Innerhalb eines Gebietes mit 1200 Einwohnern holt es Fahrgäste nach einer Bestellung per Telefon von zuhause ab und bringt sie um 2,30 Euro direkt an ihr Ziel. Wer im Dorfladen für über 20 Euro einkauft, fährt gratis. Organisiert ist das Dorfmobil in einem gemeinnützigen Verein mit ehrenamtlichen Fahrer\*innen, die pro Einsatz 20 Euro Aufwandsentschädigung erhalten. Punkten kann das Angebot vor allem auf sozialer Ebene. "Man kann sich darauf verlassen und man kommt damit unter die Leute", schildert Meschik.

Viele Varianten möglich

Mikro-ÖV kann auf ganz unterschiedliche Weisen umgesetzt werden. Es gibt etwa Kleinbusse, die einen fixen Fahrplan haben oder nur bestimmte Haltestellen bedienen. Manche sind als Anruf-Sammeltaxi für die "letzte Meile" von einer Bahnstation bis zu einem Ziel vorgesehen oder als Zubringer zu einem Öffi-Knotenpunkt. Manche bedienen exklusiv bestimmte Nutzer\*innengruppen, etwa Schüler\*innen, Pendler\*innen oder ökonomisch benachteiligte Personen. Während einige Dienste von Vereinen betrieben werden, sind andere kommunale Eigenbetriebe oder werden von örtlichen Transportdienstleistern, etwa Taxiunternehmen durchgeführt (siehe unten).

Die günstigste Variante ist die Vereinslösung mit freiwilligen Fahrer\*innen. Sie ist allerdings auch am wenigsten skalierbar, erklärt Tobias Haider von Mobyome. Sein Unternehmen hat mit Bedarfsverkehr.at eine Datenbank kreiert, in der sämtliche Mikro-ÖV-Systeme des Landes gesammelt sind. Er sieht die Rolle von Mikro-ÖV einerseits in der Sicherstellung einer Mobilitätsgrundversorgung für bestimmte Bevölkerungsgruppen. Andererseits soll das Prinzip auch der Mobilitätswende nutzen und dabei helfen, Autofahrten und damit Treibhausgasemissionen zu vermeiden.

Zentralisierte Disposition

In letzterem Sinne wäre es notwendig, den Besetzungsgrad von Fahrzeugen zu erhöhen, also mehrere Menschen gleichzeitig zu ihren Zielen zu befördern. Hier hätten fixe Haltepunkte und der Betrieb durch ein professionelles Unternehmen eher Vorteile. "Wenn es um die Mobilitätswende geht, heißt das, man will so viele Menschen wie möglich erreichen. Wenn die alle innerhalb einer

halben Stunde abgeholt werden sollen, dann braucht man mehrere Fahrzeuge und technische Unterstützung, etwa durch Dispositions-Software", meint Tobias Haider.

Eine spannende Entwicklung sei, dass Dienste wie ein Callcenter oder die Disposition - also die Koordinierung der Fahrzeuge - vom Bundesland übernommen werden. "Niederösterreich ist hier Vorreiter. Dort gibt es seit den späten 90er-Jahren eine Anrufzentrale für Anrufsammeltaxis." Aber auch in anderen Bundesländern gebe es derartige Projekte, die den Einstieg in Mikro-ÖV für Gemeinden erleichtern.

Akzeptanz ist maßgeblich

Wie ein Mikro-ÖV-Dienst genau gestaltet wird, das sollte in erster Linie von den Bedürfnissen der Nutzer\*innen abhängen, meint Stephanie Schasché. Die Forscherin an der Abteilung für Nachhaltiges Energiemanagement der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt untersucht im Projekt Mobicar die Akzeptanz von Mikro-Öffis in der Bevölkerung. Faktoren, an die man in der Planung kaum denkt, können maßgeblich dazu beitragen, dass ein Dienst gut angenommen wird. "Neben der Distanz zu einer Haltestelle sind etwa oft die Höhenverhältnisse ausschlaggebend. Personen sind eher bereit, weitere Distanzen in der Ebene zurückzulegen als wenige hundert Meter bergauf oder bergab."

Klimaschutzeffekt

Ob Rufbusse, Dorfmobile, Sammeltaxis und Co. tatsächlich dazu führen, dass Treibhausgasemissionen eingespart werden, das lässt sich noch nicht mit Sicherheit sagen. "Wir stehen da erst am Anfang. Der Effekt ist noch nicht messbar", sagt Tobias Haider. "Es gibt bisher nur anekdotische Evidenz, etwa die Erzählung von Menschen, sie hätten ihr Auto verkauft, weil es ein Mikro-ÖV-Angebot gibt." "Aktuell liegt der Fokus eher auf der sozialen Leistung, aber wenn das Angebot attraktiv genug ist, lassen sich Fahrten gut bündeln", ist Schasché überzeugt.

Auf jeden Fall einsparen lassen sich Emissionen, wenn Elektrofahrzeuge eingesetzt werden. Laut Angaben von Mobyome nutzen 12 Prozent aller Mikro-ÖV-Angebote in Österreich E-Autos. Laut Michael Meschik hat dies auch Kostenvorteile im laufenden Betrieb, vor allem wenn lokal produzierter Ökostrom verwendet wird, etwa aus einer örtlichen Photovoltaikanlage. Durch Standzeiten zwischendurch sollte der E-Auto-Akku stets genügend Reichweite liefern.

Keine Konkurrenz für lokale Taxis

Weil Mikro-ÖV-Dienste, die ihre Fahrgäste von Tür zu Tür transportieren, im Prinzip dasselbe machen wie Taxis, gibt es Konkurrenz Sorgen. „Wir wollen Taxiunternehmen nicht überrollen“, sagt Silvia Kaupa-Götzl dazu. Bei einer Veranstaltung im April schilderte die Vorständin der Postbus AG, wie die Mobilitätswende am Land umgesetzt werden könne. Mit dem Postbus Shuttle gibt es in einigen Gemeinden einen Mikro-ÖV-Dienst ihres Unternehmens. Mit lokalen Taxidiensten arbeite man zusammen. Sie würden in das System integriert, die Gemeinde zahlt einen Teil des Fahrpreises.

Einige Anbieter von Mikro-ÖV-Diensten hätten „das Prinzip der Taxizentrale übernommen und sind in eine Vermittlerrolle getreten“, weiß Tobias Haider von Mobyome. Die Einbeziehung mehrerer kleinerer Transportunternehmen in ein regionales Angebot liege im Trend. Dadurch seien Mikro-ÖV-Angebote auch wirtschaftlich interessant. Weitläufige Einsatzgebiete könnten allerdings dazu führen, dass Menschen eher alleine im Fahrzeug sitzen und Anfahrtswege länger werden. Aus ökologischer Sicht sei das fragwürdig, meint Haider.

Kommentare

*Ort der Begegnung: Gemeinsam Fahren und am Ziel mit anderen Menschen in Kontakt treten fördert das Sozialleben © Lahofer/Bezirk Korneuburg/IST-Mobil*

"science.apa.at" gefunden am 01.07.2022 08:24 Uhr

## 83 Prozent der Baumarten unter Druck durch menschliche Aktivität

**Laut einer globalen Studie über mehr als 46.000 Baumarten stehen rund 83 Prozent davon unter Druck durch menschliche Aktivitäten, 15 Prozent unter starkem bis sehr starkem Druck.**

Wie ein internationales Forscherteam, dem auch Peter Hietz von der BOKU angehörte, im Fachjournal "PNAS" berichtet, liegt die Hälfte der Verbreitungsgebiete einzelner Baumarten in Landschaften ohne Schutzstatus. Jede siebente wächst ausschließlich in ungeschützten Regionen.

Rund 64.000 Baumarten kennt man bereits. Weitere 9.000 wachsen noch inkognito in den Wäldern weltweit, hat eine Anfang des Jahres ebenfalls im Fachjournal "PNAS" veröffentlichte Arbeit gezeigt, an der Wissenschaftler des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien beteiligt waren.

In der aktuellen Publikation haben die Forscher um Jens-Christian Svenning von der Universität Aarhus eine Datenbank mit 46.752 Baumarten analysiert und deren geografische Verteilung (in Rasterzellen von 110 Kilometer) berechnet. Dies kombinierten sie mit einer globalen Karte, die zeigt, wie intensiv menschliche Aktivitäten die Natur beeinflussen, sowie Informationen über weltweit mehr als 200.000 Schutzgebiete.

Demzufolge liegen 50,2 Prozent der Verbreitungsgebiete einzelner Baumarten in Landschaften ohne Schutz. Insgesamt 6.377 (13,6 Prozent) mit nur sehr begrenzter Verbreitung sind völlig ungeschützt.

Nur 17 Prozent ohne Stress

Durchschnittlich 14,8 Prozent der untersuchten Baumarten sind hohem oder sehr hohem menschlichen Druck ausgesetzt, 68,5 Prozent stehen unter mäßigem Druck - in Summe also rund 83 Prozent. Nur 17 Prozent der Arten haben keinen Stress aufgrund menschlicher Aktivitäten.

Anhand dieser Daten lasse sich nun berechnen, wo es am wichtigsten ist, Naturgebiete zu erhalten bzw. wiederherzustellen, um die biologische Vielfalt wirksam zu schützen, betonen die Forscher. Zudem haben sie die am besten geeigneten Standorte für potenzielle Schutzgebiete berechnet, um die Vielfalt zu erhalten.

"Das haben wir nicht nur im Hinblick auf die Artenzahl, sondern auch auf ihre evolutionären und funktionellen Unterschiede getan, also drei Kategorien von Biodiversität unterschieden", betonte Peter Hietz vom Department für Integrative Biologie und Biodiversitätsforschung der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien gegenüber der APA. Denn es gehe nicht nur darum, einzelne Arten, sondern auch die funktionelle und die phylogenetische Diversität zu schützen.

Funktionelle Diversität von Vorteil

"Zehn Baumarten, die alle sehr ähnliche Eigenschaften haben, sind zehn verschiedene Arten, aber die Diversität ihrer Funktionen, etwa wie sie auf die Umwelt reagieren und welche Anpassungsmechanismen sie haben, ist relativ gering", so Hietz. Angesichts des globalen Wandels ist dagegen eine möglichst große funktionelle Diversität mit vielen unterschiedlichen Funktionen und Strategien vorteilhaft.

Bei der phylogenetischen Diversität geht es primär darum, wie nahe Arten miteinander verwandt sind. "Es gibt etwa 500 Eichenarten. Stirbt eine davon aus, ist das von der genetischen Diversität her weniger schwerwiegend als wenn die einzige existierende Ginkgoart ausstirbt, die weit und

breit keine lebenden Verwandten hat und die eine Menge Gene hat, die es sonst nirgendwo gibt", sagte Hietz.

In einer weiteren, im Fachjournal "Nature Communications" veröffentlichten Arbeit, an der Hietz beteiligt war, hat ein internationales Forscherteam die Merkmale von rund 50.000 Baumarten analysiert. Sie haben damit die nach ihren Angaben größte Datenbank über u.a. Blatt-, Samen-, Rinden-, Holz-, Kronen- und Wurzeleigenschaften geschaffen.

#### Mustererkennung als Ziel

Ziel war es dabei, Muster in den Merkmalen von Bäumen zu erkennen, beispielsweise welche häufig zusammen auftreten und wie sich diese gegenseitig beeinflussen. "Da sieht man naheliegende wechselseitige Beziehungen, etwa dass die Baumhöhe mit dem Kronendurchmesser zusammenhängt, aber auch weniger selbstverständliche, etwa dass der Stickstoffgehalt mehr mit der Blattdicke als mit dem Phosphor zusammenhängt", so Hietz.

Von Bedeutung ist das alles etwa im Zusammenhang mit dem Klimawandel: "Setzt man die Ergebnisse in Relation mit Klima-Parametern wie Niederschlag oder Temperatur, kann man aus einfach zu messenden Merkmalen sagen, wie sich das Artenspektrum der Bäume mit bestimmten funktionellen Eigenschaften verschieben wird, wenn sich das Klima in dieser oder jener Weise verändert", sagte Hietz. Erkennen lasse sich daran auch, welche Baumarten etwa besser an Trockenheit und die zunehmende Zahl an Waldbränden angepasst sind.

Service: Arbeit in PNAS: <https://doi.org/10.1073/pnas.2026733119> ; Arbeit in Nature Communications: <https://doi.org/10.1038/s41467-022-30888-2>

Stichwörter

"sn.at" gefunden am 01.07.2022 08:42 Uhr Von: Quelle APA

## 83 Prozent der Baumarten unter Druck durch menschliche Aktivität

**Laut einer globalen Studie über mehr als 46.000 Baumarten stehen rund 83 Prozent davon unter Druck durch menschliche Aktivitäten, 15 Prozent unter starkem bis sehr starkem Druck. Wie ein internationales Forscherteam, dem auch Peter Hietz von der BOKU angehörte, im Fachjournal "PNAS" berichtet, liegt die Hälfte der Verbreitungsgebiete einzelner Baumarten in Landschaften ohne Schutzstatus. Jede siebente wächst ausschließlich in ungeschützten Regionen.**

Rund 64.000 Baumarten kennt man bereits. Weitere 9.000 wachsen noch inkognito in den Wäldern weltweit, hat eine Anfang des Jahres ebenfalls im Fachjournal "PNAS" veröffentlichte Arbeit gezeigt, an der Wissenschaftler des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse (IIASA) in Laxenburg bei Wien beteiligt waren.

In der aktuellen Publikation haben die Forscher um Jens-Christian Svenning von der Universität Aarhus eine Datenbank mit 46.752 Baumarten analysiert und deren geografische Verteilung (in Rasterzellen von 110 Kilometer) berechnet. Dies kombinierten sie mit einer globalen Karte, die zeigt, wie intensiv menschliche Aktivitäten die Natur beeinflussen, sowie Informationen über weltweit mehr als 200.000 Schutzgebiete.

Demzufolge liegen 50,2 Prozent der Verbreitungsgebiete einzelner Baumarten in Landschaften ohne Schutz. Insgesamt 6.377 (13,6 Prozent) mit nur sehr begrenzter Verbreitung sind völlig ungeschützt.

Durchschnittlich 14,8 Prozent der untersuchten Baumarten sind hohem oder sehr hohem menschlichen Druck ausgesetzt, 68,5 Prozent stehen unter mäßigem Druck - in Summe also rund 83 Prozent. Nur 17 Prozent der Arten haben keinen Stress aufgrund menschlicher Aktivitäten.

Anhand dieser Daten lasse sich nun berechnen, wo es am wichtigsten ist, Naturgebiete zu erhalten bzw. wiederherzustellen, um die biologische Vielfalt wirksam zu schützen, betonen die Forscher. Zudem haben sie die am besten geeigneten Standorte für potenzielle Schutzgebiete berechnet, um die Vielfalt zu erhalten.

"Das haben wir nicht nur im Hinblick auf die Artenzahl, sondern auch auf ihre evolutionären und funktionellen Unterschiede getan, also drei Kategorien von Biodiversität unterschieden", betonte Peter Hietz vom Department für Integrative Biologie und Biodiversitätsforschung der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien gegenüber der APA. Denn es gehe nicht nur darum, einzelne Arten, sondern auch die funktionelle und die phylogenetische Diversität zu schützen.

"Zehn Baumarten, die alle sehr ähnliche Eigenschaften haben, sind zehn verschiedene Arten, aber die Diversität ihrer Funktionen, etwa wie sie auf die Umwelt reagieren und welche Anpassungsmechanismen sie haben, ist relativ gering", so Hietz. Angesichts des globalen Wandels ist dagegen eine möglichst große funktionelle Diversität mit vielen unterschiedlichen Funktionen und Strategien vorteilhaft.

Bei der phylogenetischen Diversität geht es primär darum, wie nahe Arten miteinander verwandt sind. "Es gibt etwa 500 Eichenarten. Stirbt eine davon aus, ist das von der genetischen Diversität her weniger schwerwiegend als wenn die einzige existierende Ginkgoart ausstirbt, die weit und breit keine lebenden Verwandten hat und die eine Menge Gene hat, die es sonst nirgendwo gibt", sagte Hietz.

In einer weiteren, im Fachjournal "Nature Communications" veröffentlichten Arbeit, an der Hietz beteiligt war, hat ein internationales Forscherteam die Merkmale von rund 50.000 Baumarten

analysiert. Sie haben damit die nach ihren Angaben größte Datenbank über u.a. Blatt-, Samen-, Rinden-, Holz-, Kronen- und Wurzeleigenschaften geschaffen.

Ziel war es dabei, Muster in den Merkmalen von Bäumen zu erkennen, beispielsweise welche häufig zusammen auftreten und wie sich diese gegenseitig beeinflussen. "Da sieht man naheliegende wechselseitige Beziehungen, etwa dass die Baumhöhe mit dem Kronendurchmesser zusammenhängt, aber auch weniger selbstverständliche, etwa dass der Stickstoffgehalt mehr mit der Blattdicke als mit dem Phosphor zusammenhängt", so Hietz.

Von Bedeutung ist das alles etwa im Zusammenhang mit dem Klimawandel: "Setzt man die Ergebnisse in Relation mit Klima-Parametern wie Niederschlag oder Temperatur, kann man aus einfach zu messenden Merkmalen sagen, wie sich das Artenspektrum der Bäume mit bestimmten funktionellen Eigenschaften verschieben wird, wenn sich das Klima in dieser oder jener Weise verändert", sagte Hietz. Erkennen lässt sich daran auch, welche Baumarten etwa besser an Trockenheit und die zunehmende Zahl an Waldbränden angepasst sind.

*SN/stock.adobe.com/australiancamera Symbolbild.*

*SN/stock.adobe.com/australiancamera Symbolbild.*



"oekoenergie.cc" gefunden am 30.06.2022 09:30 Uhr

## BEST erhält Förderzusage ...

### **BEST-Geschäftsführung: Ing. Mag. Dr. Roman Schmid (CFO, li.) und Dip.-Ing. Dr. Walter Haslinger (CEO)**

(PA\_BEST) – Das K1-Kompetenzzentrum BEST – Bioenergy and Sustainable Technologies GmbH erhält Förderzusage für sein ambitioniertes Forschungsprogramm BEST 4.0 zur Entwicklung von reststoff- und abfallbasierten Bioraffinerien und zur Digitalisierung des Energiesektors.

Am Mittwoch, den 15. Juni wurde offiziell verkündet, welche neuen Projekte für ihre Forschungstätigkeiten Förderungen im Rahmen des COMET-Programms erhalten. 79 Millionen Euro sind für die ersten 4 Jahre des Auf- und Ausbaus von Kompetenzzentren für exzellente Technologien und anwendungsorientierte Spitzenforschung in Österreich vorgesehen. Dabei werden rund 53 Millionen Euro über das Klimaschutz- und das Wirtschaftsministerium zur Verfügung gestellt. Weitere 26 Millionen Euro werden durch die beteiligten Bundesländer finanziert.

Insgesamt haben sich 13 Konsortien um eine Förderung bemüht. Nur 8 Konsortien haben eine Zusage erhalten. Nach Erstellung eines umfangreichen Antrags musste sich jedes Konsortium auch vor einer internationalen Fachjury präsentieren und Detailfragen beantworten.

Das Kompetenzzentrum BEST – Bioenergy and Sustainable Technologies mit Standorten in Graz, Wien und Wieselburg konnte die Jury mit seinem neuen Forschungsprogramm überzeugen und hat den Förderzuschlag für weitere acht Jahre erhalten. Neben Mitteln aus dem BMK und dem BMDW wird das Zentrum auch von den Ländern Steiermark, Niederösterreich und Wien unterstützt.

Die Ziele von BEST 4.0 umfassen die Entwicklung von reststoff- und abfallbasierten Bioraffinerien und die Digitalisierung des Energiesektors. Für die Umsetzung der einzelnen Vorhaben setzt das Kompetenzzentrum auf seine einmaligen Forschungsinfrastrukturen, die Syngas-Plattform Wien und das GreenCarbon Lab und das Microgrid Lab jeweils in Wieselburg und die experimentellen und analytischen Infrastrukturen in Graz.

„Grünes Gas, grüne Treibstoffe, grüne Grundstoffe für die chemische Industrie und grüner Kohlenstoff für Landwirtschaft und Industrie aus Reststoffen und aus Abfall. Das sind unsere Themen von höchster Aktualität. Die Entwicklung von fortschrittlichen Methoden und Lösungen zur Unterstützung der Technologieentwicklung, des Betriebs von einzelnen Technologien und der Integration von Technologien ins Energiesystem sind notwendige Schritte zur Digitalisierung des Energiesektors. Das haben wir mit einem exzellenten internationalen Konsortium in ein ambitioniertes Forschungsprogramm verpackt, mit dem wir Fachevaluator\*innen und Jury überzeugen konnten“, so Walter Haslinger, CEO BEST – Bioenergy and Sustainable Technologies GmbH.

Das COMET-Zentrum BEST – Bioenergy and Sustainable Technologies GmbH wird im Rahmen des Programms COMET – Competence Centers for Excellent Technologies aus Mitteln des Klimaschutzministeriums (BMK), des Wirtschaftsministeriums (BMDW) und der Länder Steiermark, Niederösterreich und Wien gefördert und von der nationalen Förderagentur FFG betreut.

[www.ffg.at/comet](http://www.ffg.at/comet). BEST füllt die Lücke zwischen akademischer Forschung und Technologieentwicklung durch industriegetriebene, angewandte Forschung und Entwicklung der Bioenergie, der nachhaltigen biobasierten Ökonomie und der zukunftsfähigen Energiesysteme. Die Eigentumsverhältnisse des Zentrums stellen sich wie folgt dar: 19% Verein der Wirtschaftspartner im K1-Zentrum BEST, 17% Technische Universität Graz, 13,5% Technische

Universität Wien, 13,5% Universität für Bodenkultur Wien, 13,5% FH Wiener Neustadt GmbH, 13,5% Republik Österreich, FJ/BLT Wieselburg, 10,0% Joanneum Research ForschungsgmbH.

"oekoenergie.cc" gefunden am 30.06.2022 10:00 Uhr

## Bund startet Bioökonomie-Netzwerk

**(PA\_BMLRT) – „Bioeconomy Austria“ bringt Unternehmen, Forschung, Politik und Gesellschaft zusammen. Das Ziel: Wissen austauschen, Synergien nutzen, Kreisläufe schließen sowie gemeinsame Projekte entlang der Wertschöpfungskette entwickeln und umsetzen.**

Mit der Genehmigung von „Bioeconomy Austria“ legt der Österreichische Waldfonds das Fundament für einen nationalen Bioökonomie-Cluster. Dieses Leuchtturm-Projekt der Bioökonomiestrategie des Bundes wird in den nächsten drei Jahren ein breit getragenes Netzwerk zur Förderung der regionalen Wirtschaft sowie der Zusammenarbeit entlang gemeinsamer Wertschöpfungsketten aufbauen. Der erste Schwerpunkt liegt auf dem Rohstoff Holz.

„Die Nutzung von Holz als Bau-, Werk- und Energiestoff ist eine wesentliche Säule eines biobasierten Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Holzverwendung im Sinne der Bioökonomie ist nicht nur ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz und sichert Arbeitsplätze, sondern trägt auch zu unserer Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen bei. In der holzbasierten Bioökonomie steckt noch sehr viel Potential und das wollen wir jetzt ankurbeln. Mit dem Aufbau eines bundesweiten Bioökonomienetzwerkes leisten wir einen wesentlichen Beitrag dazu“, skizziert Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig die Idee hinter der neuen Plattform.

„Klimakrise, Rohstoffengpässe und die Abhängigkeiten von fossilen Ressourcen zeigen, wie wichtig der zielgerichtete und nachhaltige Einsatz unserer regionalen Ressourcen ist. Das Netzwerk ‚Bioeconomy Austria‘ wird die unterschiedlichen Ziele und Interessen der beteiligten Gruppen moderieren und tragfähige Lösungen für die Wirtschaft, den Klimaschutz, die Biodiversität und den Flächenverbrauch ermöglichen. Damit schaffen wir Versorgungssicherheit und nachhaltige Lebensbedingungen für kommende Generationen“, führt Klimaministerin Leonore Gewessler aus.

Das Netzwerk steht allen interessierten Organisationen offen. Initialpartner des Netzwerks sind ecoplus, Niederösterreichs Wirtschaftsagentur (Projektleitung), Business Upper Austria, Innovation Salzburg, Holzcluster Steiermark, proHolz Tirol, Österreichische Energieagentur, Zentrum für Bioökonomie an der Universität für Bodenkultur Wien, BioBASE, Umweltbundesamt sowie das Ökosoziales Forum Österreich & Europa.

Weitere Informationen unter: [www.bioeconomy-austria.at](http://www.bioeconomy-austria.at)

"ots.at" gefunden am 30.06.2022 14:48 Uhr

## Gewessler: Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich

**Wien (OTS) - Niemand kann die Welt alleine retten: Für eine rasche Klimawende braucht es uns alle.**

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler informiert gemeinsam mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Verbund AG Wolfgang Anzengruber, dem Vorsitzenden der GRAWE-Vermögensverwaltung Othmar Ederer, dem ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä, der Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl und dem Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Hagelversicherung Kurt Weinberger über „Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich“.

**Gewessler: Wir schaffen den Wandel**

Der brutale Angriffskrieg auf die Ukraine führt uns einmal mehr vor Augen: Wir müssen raus aus den fossilen Rohstoffen, und zwar so schnell wie möglich. Nur so können wir sicherstellen, dass auch künftige Generationen ein gutes Leben haben – und nicht von Putins Gnaden abhängig sind. Die Allianz für mehr Klimaschutz kann also gar nicht breit genug sein: Sei es beim Ausbau von Erneuerbarer Energie, beim Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, beim Schutz von gesundem Boden – oder bei der Frage, wie wir künftig unser Geld investieren. Wenn wir alle an einem Strang ziehen, werden wir den Wandel schaffen.

**Anzengruber: Mobilitätswende als Beitrag zum Klimaschutz**

Das Gelingen einer umfassenden Energiewende hin zu einer weitgehenden Abkehr von fossilen Rohstoffen war und ist alternativlos. Die notwendigen Maßnahmen reichen von einer signifikanten Steigerung der Energieeffizienz, über die umfassende Nutzung aller erneuerbaren Energietechnologien, bis zu Verhaltensänderungen bei der Inanspruchnahme von begrenzten Ressourcen. Die aktuelle politische, ökonomische und ökologische Situation zwingt uns die Dynamik des Handelns erheblich zu beschleunigen, um eine Zukunft zu gestalten, die von Lebensqualität und Wohlstand geprägt ist. Wir haben die benötigten Technologien, das Wissen, das Kapital und die Kompetenzen um erfolgreich zu sein. Deshalb gilt es konsequent die restlichen Zweifler zu überzeugen und bremsende Bürokratie pragmatisch zu beseitigen. Es gibt keinen „Plan B“!

**Ederer: Versicherungen leisten signifikanten Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele**

Die negativen Auswirkungen der Klimakrise sind bei uns Versicherern längst angekommen – immer häufiger sind wir mit außergewöhnlichen Wetterereignissen wie Hochwasser, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden konfrontiert. Die Hagelversicherung unterstützt die Landwirtschaft mit innovativen Versicherungskonzepten, sie bietet die umfassendste Produktpalette und modernste Schadenserhebung Europas an. Die österreichischen Versicherer versorgen Ihre Kunden mit umfassendem Versicherungsschutz für die Naturgefahren Sturm, Hagel, Schneedruck und Erdbeben. Um den Übergang zu einer klimaresilienten Wirtschaft zu unterstützen, leistet die Versicherungswirtschaft mit dem Green Deal und der Umlenkung von Kapitalanlagen in nachhaltige Investitionen einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

**Matthä: Maßnahmen für eine Energiewende**

Hitzerekorde, Unwetter - wir spüren den Klimawandel längst. Wir müssen uns alle anstrengen und gemeinsam für die Klimawende arbeiten. Als eines von Österreichs größten Klimaschutzunternehmen nehmen die ÖBB ihre Verantwortung ernst. Schon jetzt ersparen wir Österreich mit unseren Verkehrsleistungen – also mit Bahn und Bus - rund 4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Denn ohne erfolgreiche und nachhaltige Verkehrsverlagerung von der Straße

auf die Schiene werden die österreichischen Klimaziele nicht erreicht. Die gute Nachricht: Die Verkehrswende hat begonnen, der Bahnboom ist da – wir verzeichnen im Fernverkehr ein Plus von 15 Prozent an Fahrgästen gegenüber unserem Rekordjahr 2019. Und wir sind vorbereitet: Wir werden bis 2030 die Sitzplatzkapazität in den Zügen um 30 Prozent erhöhen – für unsere Kund:innen und um unsere Klimaziele zu erreichen.

#### Schulev-Steindl: Klimaschutz in der Verfassung

Soll Österreich im Jahr 2040, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, klimaneutral werden, braucht es stabile Rahmenbedingungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die einen wirksamen und ökonomisch effizienten, aber auch sozial ausgeglichenen Weg zur „Dekarbonisierung“ vorseichnen. Aus rechtlicher Sicht sollte daher in der Verfassung ein auf wissenschaftlicher Evidenz beruhendes Treibhausgasbudget Österreichs, ein Kooperations- und Compliance-Mechanismus, der die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für die Klimapolitik stärkt, sowie ein über bloße Staatszielbestimmungen hinausgehendes Grundrecht der Bürger:innen auf Klimaschutz verankert werden.

#### Weinberger: Wir brauchen ein neues Wirtschaftsdenken

Faktum ist: Nicht die Natur braucht uns, sondern wir brauchen die Natur. Weitermachen wie bisher ist keine Option. Daher müssen wir die Natur schützen und endlich einen Wandel hin zu einem intelligenteren Wirtschaftsdenken einleiten. Den Wohlstand einer Gesellschaft allein an einer einzigen Kennzahl – wie dem Bruttoinlandsprodukt – zu bemessen, ist fatal. Das heißt, wir müssen Wirtschaft neu denken. Wir müssen in die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch die Kennzahl Naturkapital aufnehmen. Wir brauchen einen intakten Natur- und Lebensraum, um zum Beispiel die nationale Lebensmittelversorgungssicherheit zu erhalten. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen. Alles andere wäre grob fahrlässig. Unsere Kinder und Kindeskiner werden es uns danken!

#### Rückfragen & Kontakt:

BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Mag. Martina Stemmer

Pressesprecherin der Bundesministerin

+43 1 71162-658114 [martina.stemmer @ bmk.gv.at](mailto:martina.stemmer@bmk.gv.at) <https://www.bmk.gv.at>

"vol.at" gefunden am 30.06.2022 09:57 Uhr

## "Eine breite Allianz für den Klimaschutz"

### **Ja, ich möchte Videos der APA angezeigt bekommen. Gemeinsames Pressegespräch mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, dem Energieexperten**

Wolfgang Anzengruber, dem Vorsitzenden der GRAWE-Vermögensverwaltung Othmar Ederer, dem ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä, der Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl und dem Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Hagelversicherung Kurt Weinberger.

Teilnehmer:

Leonore Gewessler, Klimaschutzministerin: Wir schaffen den Wandel

Wolfgang Anzengruber, ehemaliger Vorstandsvorsitzender Verbund AG und Energieexperte: Maßnahmen für eine Energiewende

Othmar Ederer, GRAWE-Vermögensverwaltung: Naturkatastrophen und Green Finance

Andreas Matthä, ÖBB-Vorstandsvorsitzender: Mobilitätswende als Beitrag zum Klimaschutz

Eva Schulev-Steindl, Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien: Klimaschutz in der Verfassung

Kurt Weinberger, Vorstandsvorsitzender der Österreichischen Hagelversicherung: Stopp der Verbauung Österreichs

(APA)

"orf.at" gefunden am 30.06.2022 15:48 Uhr

## Experten warnen vor EU-Nachhaltigkeitssiegel für Atomkraft

### **Internationale Experten warnen nachdrücklich vor den Plänen der EU, Atomkraft als nachhaltige Investition einzustufen.**

In einem Brief an das EU-Parlament argumentieren Wissenschaftler und Experten aus dem Bereich Kernenergie – unter federführender Beteiligung der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien –, warum Investitionen in die Nuklearenergie ökonomisch nicht sinnvoll und darüber hinaus gefährlich seien und zudem nicht geeignet, das Klimaproblem zu lösen.

Der heute veröffentlichte Appell an EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und die Fraktionsvorsitzenden im EU-Parlament erfolgt kurz vor der Abstimmung des EU-Parlaments kommende Woche über die sogenannte Taxonomie-Verordnung zur Umsetzung der EU-Klimapläne. Um bis 2050 klimaneutral zu werden, hat die EU-Kommission vorgeschlagen, dass auch Investitionen in Atomkraft und Gas als klimafreundlich gelten sollen. Die Experten fordern das EU-Parlament auf, diesen Vorschlag abzulehnen.

red, ORF.at/ Agenturen

"orf.at" gefunden am 30.06.2022 21:48 Uhr

## Experten warnen vor EU-Nachhaltigkeitssiegel für Atomkraft

**Online seit heute, 15.41 Uhr Internationale Experten warnen nachdrücklich vor den Plänen der EU, Atomkraft als nachhaltige Investition einzustufen.**

In einem Brief an das EU-Parlament argumentieren Wissenschaftler und Experten aus dem Bereich Kernenergie – unter federführender Beteiligung der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien –, warum Investitionen in die Nuklearenergie ökonomisch nicht sinnvoll und darüber hinaus gefährlich seien und zudem nicht geeignet, das Klimaproblem zu lösen.

Der heute veröffentlichte Appell an EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und die Fraktionsvorsitzenden im EU-Parlament erfolgt kurz vor der Abstimmung des EU-Parlaments kommende Woche über die sogenannte Taxonomie-Verordnung zur Umsetzung der EU-Klimapläne. Um bis 2050 klimaneutral zu werden, hat die EU-Kommission vorgeschlagen, dass auch Investitionen in Atomkraft und Gas als klimafreundlich gelten sollen. Die Experten fordern das EU-Parlament auf, diesen Vorschlag abzulehnen.

red, ORF.at/ Agenturen



"tt.com" gefunden am 30.06.2022 15:18 Uhr Von: Matthias Saueremann

## Experten warnen vor EU-Nachhaltigkeitssiegel für Atomkraft

**Das EU-Parlament stimmt in der kommenden Woche darüber ab, ob Investitionen in Atomkraft und Gas als klimafreundlich gelten sollen. Experten warnen nun davor – und begründen die Warnung in einem Schreiben an die Abgeordneten.**

Brüssel, Wien – Internationale Experten warnen nachdrücklich vor den Plänen der EU, Atomkraft als nachhaltige Investitionen einzustufen. In einem Brief an das EU-Parlament argumentieren Wissenschaftler und Experten aus dem Bereich Kernenergie – unter federführender Beteiligung der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien –, warum Investitionen in die Nuklearenergie ökonomisch nicht sinnvoll und darüber hinaus gefährlich seien und zudem nicht geeignet, das Klimaproblem zu lösen.

Der am Donnerstag veröffentlichte Appell an EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und die Fraktionsvorsitzenden im EU-Parlament erfolgt kurz vor der Abstimmung des EU-Parlaments kommende Woche über die sogenannte Taxonomie-Verordnung zur Umsetzung der EU-Klimapläne. Um bis 2050 klimaneutral zu werden, hat die EU-Kommission vorgeschlagen, dass auch Investitionen in Atomkraft und Gas als klimafreundlich gelten sollen. Die Experten fordern das EU-Parlament auf, diesen Vorschlag abzulehnen.

Atomenergie teuer und unwirtschaftlich

Kernenergie sei "keineswegs eine nachhaltige Form der Energieerzeugung und Investitionen in diesem Bereich stünden dann für den dringend benötigten Ausbau erneuerbarer Energiequellen nicht mehr zur Verfügung", warnen die Experten. Atomenergie sei schlicht zu teuer und unwirtschaftlich, um einen relevanten Beitrag zur globalen Energieerzeugung zu leisten. Hinzu komme das Sicherheitsrisiko und die ungelösten Probleme des langlebigen radioaktiven Abfalls.

Das Sicherheitsrisiko habe zuletzt der Krieg in der Ukraine durch die Kämpfe an AKW-Standorten eindrücklich vor Augen geführt, so die Experten. Auch die Auswirkungen des Klimawandels mit dem Anstieg des Meeresspiegels, vermehrte und stärkere Stürme sowie Überflutungen würde das Risiko von Atommeilern weiter erhöhen.

10x Wanderausrüstung zu gewinnen

TT-ePaper 4 Wochen gratis ausprobieren, ohne automatische Verlängerung

Risiko für Verbreitung von Atomwaffen

Sicherheitspolitisch gefährlich sei Atomkraft überdies, weil eine Vielzahl neuer Reaktoren und gerade auch neu vorgeschlagene Reaktortypen dazu beitragen würden, das Risiko der Weiterverbreitung von Atomwaffen zu erhöhen. Die Experten weisen zudem auf das Problem der Versorgungssicherheit hin, da die meisten Atomkraftwerke weltweit von russischen Uran-Lieferungen abhängig seien.

Auch in neuen Kernkraft-Technologien sehen die Wissenschaftler keine brauchbare Alternative. Die Erwartungen in kleine, sichere und effizientere Atomkraftwerke seien riesig. Bisher sei ein Einsatz derartiger Reaktoren vor dem Jahr 2050 aber unrealistisch, erklärte Nikolaus Müllner vom Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften an der BOKU in einem Online-Pressegespräch. Die Forschung beschäftige sich bereits seit Jahrzehnten mit der Entwicklung neuer Reaktoren, "aus heutiger Sicht ist nicht greifbar, wo der große Durchbruch herkommen soll, wenn er in den letzten 60 Jahren nicht gekommen ist", so Müllner.

Atomkraft auch nicht ergänzend sinnvoll

Die Frage sei insgesamt, welche Rolle die Atomenergie in Zukunft noch spielen solle, meint der Risikoforscher Wolfgang Liebert. Als Ergänzung zu erneuerbaren Energien sei Nuklearenergie nämlich nicht sinnvoll, weil Atomkraftwerke anders als etwa Gaskraftwerke nicht rasch hochgefahren werden können, wenn etwa die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst. Atomkraftwerke müssten dauernd laufen. "Wenn wir es ernst mit der Energiewende meinen, wird es schwierig", so der Leiter des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaften. (APA)

*Das EU-Parlament stimmt in der kommenden Woche über die sogenannte Taxonomie ab. © imago*

*Das EU-Parlament stimmt in der kommenden Woche über die sogenannte Taxonomie ab. © imago*

"aau.at" gefunden am 30.06.2022 15:51 Uhr

## Zertifikat für Hochschullehrende Bildung für Nachhaltige Entwicklung: Anmeldung ab sofort möglich

**Die Arbeitsgruppe Bildung für nachhaltige Entwicklung der Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich ermöglicht ab Oktober 2022 eine kostenlose Zertifizierung für Hochschullehrende.**

Das „Zertifikat für Hochschullehrende Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ wird im Rahmen eines Weiterbildungsprogramms von der Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich vergeben.

An der Konzeptionierung dieses Weiterbildungsprogramms waren Ao.Univ.-Prof. Mag. Dr. Franz Rauch und Dr. in Renate Hübner von der Universität Klagenfurt maßgeblich beteiligt. Sie werden auch als Workshop-Leiter\*innen im Weiterbildungsprogramm aktiv dabei sein. Das Konzeptionierungsteam war – wie es auch das Workshop-Leiter\*innen-Team sein wird – universitätsübergreifend. Mit dabei waren auch Mag.a Dr.in Filippina Risoupolos-Pichler von der Karl-Franzens Universität Graz, Mag. a Katharina Salicites von der Technischen Universität Graz und Mag. a Julia Wlasak, MA von der BOKU.

Der erste Zertifikatsdurchgang beginnt mit einem online Kick-Off am 17. Oktober 2022. Mit synchronen, asynchronen, digitalen und Präsenzangeboten erhalten Lehrende im Rahmen des zwei- bzw. maximal viersemestrigen Zertifikatslehrgangs vielseitige Einblicke in das breite Feld der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Nach erfolgreichem Abschluss des Zertifikats (Gesamtumfang 4 ECTS, das entspricht in etwa 100 Arbeitsstunden) haben Hochschullehrende das Werkzeug erhalten, um ihre Lehre im Sinn einer Nachhaltigen Entwicklung auszurichten. Dazu gehört es nicht nur, Nachhaltigkeitskonzepte und Diskurse zu vermitteln, sondern auch, das eigene Fach kritisch zu beleuchten und potenzielle Beiträge des Faches zu einer nachhaltigkeitsorientierten gesellschaftlichen Transformation zu vermitteln.

Nähere Informationen zum Zertifikat

Bei Fragen wenden Sie sich bitte per E-Mail an [zertifikat \[at\] nachhaltigeuniversitaeten \[dot\] at](mailto:zertifikat@nachhaltigeuniversitaeten.at)

Kontaktperson: Mag. a Julia Anna Wlasak, MA (Koordination AG BNE der Allianz Nachhaltige Universitäten in Österreich)

"nachrichten.at" gefunden am 30.06.2022 14:42 Uhr

## "breite Allianz" gegen Klimakrise gefordert

**WIEN. Vertreter aus Wissenschaft, Finanz und Politik haben am Donnerstag eine "breite Allianz" gegen die Klimakrise gefordert.**

Am Tag fünf der aktuellen Hitzewelle erinnerte Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) einleitend an die Klimakrise, aber das eigentliche Motto laute "Handeln", meinte Ex-Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber - "gesprochen und geredet" habe man schon genug. Notwendig sei dabei die Gemeinsamkeit, so Gewessler.

Geschwindigkeitsbegrenzung und Werbeverbot gefordert

"Niemand kann diese große Aufgabe 'Klimaschutz' allein bewältigen", hob die Ministerin in ihrer einleitenden Rede hervor, also müssten die Akteure zusammenspielen. "Wir brauchen alle Schichten der Gesellschaft", führte auch Anzengruber aus. Beim Klimaschutz würde die Konzentration zu sehr auf Energie liegen, dabei sei es "erschütternd mit welchem Wirkungsgrad wir Energie nutzen". Ein Negativbeispiel seien hier etwa im Verbrennungsmotor zu finden, dem in der EU gerade erst ein Ende bis 2035 gesetzt wurde. Und erneut gelte es zu handeln: "Warten wir jetzt 13 Jahre bis das Verbot greift?", fragte Anzengruber und gab gleich selbst die Antwort. Schon jetzt könnte man Geschwindigkeitsbegrenzung für Automobile einführen oder ein Werbeverbot für großvolumige Autos. Und von Verzicht dürfe man dann nicht reden, denn "ansonsten würden wir auf unsere Zukunft verzichten".

BOKU-Rektorin: Klimaschutz soll in die Verfassung

Nicht von Verzicht reden wollte auch die Rektorin der Universität für Bodenkultur (Boku), Eva Schulev-Steindl, in Bezug auf die Forderung, den Klimaschutz in die Verfassung zu heben. Zwar gebe es Stimmen, die einem derartigen Vorhaben die Sinnhaftigkeit absprechen würden, aber die Expertin für Verfassungs- und Umweltrecht hielt dagegen, dass klare Rahmenbedingungen für die Energiewende nötig seien. Ein Pariser Klimavertrag reicht da nicht aus, wenn Staaten ihre Klimaziele nicht einhalten, gebe es ja keine Konsequenzen. "Es macht daher Sinn bestimmte Eckdaten in der Verfassung zu verankern", sagte Schulev-Steindl, und schlug das verbleibende 1,5-Grad-kompatible Treibhausgasbudget vor - eine "langfristige Vorgabe, von ein Reduktionspfad abgeleitet werden kann", und zwar von Bund und Ländern.

Grawe: "Spüren die Auswirkungen der Klimakrise ganz klar"

"Wir spüren auf Versicherungsseite die Auswirkungen der Klimakrise ganz klar", sagte Othmar Ederer, von der Grazer Wechselseitige Versicherung (Grawe) Vermögensverwaltung. Neben gesetzlichen Vorgaben benötigt der so notwendige Klimaschutz auch den privaten Finanzsektor, für den der für Naturkatastrophen und Green Finance zuständige Experte sprach. "In der österreichischen Finanzwirtschaft gibt es ein klares Bekenntnis zu 'Green Finance'", sage Ederer. Man wolle das Geschäft an Klimazielen orientieren, aber in der Branche hadere man ein wenig mit der Gesetzgebung, "die voraus marschiert, ohne die Taxonomie auch mitzuliefern" - diese sollte zusätzlich auch "les- und lebbar sein, und nicht nur von einer Handvoll Experten verstanden werden". 120 Milliarden Euro Kapital hätten die Versicherungen jedenfalls, die investiert und reinvestiert werden können.

Für ÖBB-Chef Andreas Matthä widmete sich seiner Profession entsprechend dem Verkehr, der Dauer-Großbaustelle beim heimischen Klimaschutz. Dieser sei ein "wesentlicher Emittent", da brauche es eine Verkehrswende. "Sie werden nicht überrascht sein, dass ich für das System Schiene werbe", meinte er, aber der Umstieg auf diese sei ein "rascher Hebel". Die ÖBB haben 2030 als Ziel für die CO<sub>2</sub>-Neutralität im Bereich der Mobilität anvisiert, zudem sei man dabei die Leistungsfähigkeit der Bahn erhöhen und zwar mit dem "Ausbau der Infrastruktur, neuen Fahrzeuge und Digitalisierung. Zudem sprach Matthä die Vielzahl der gegenwärtigen Krisen an,

jedoch sei die Klimakrise jene, "die uns ganz nachhaltig weiter beschäftigen wird", auch wenn sie aktuell nicht so im Fokus stünde.

Stark auf die Klimakrise hinweisen müsse man daher, denn "wenn wir nichts tun, dann bedeutet das letztendlich kollektiven Selbstmord", warnte Hagelversicherungs-Chef Kurt Weinberger. Der Spezialversicherer für die Landwirtschaft haderte mit dem Bodenverbrauch in Österreich, denn kein zweites Land in Europa würde derartig agieren, sagte Weinberger. Aus dem einstigen Boden entstand "die höchste Supermarktfläche pro Kopf und das längste Straßennetz mit 15 Metern pro Kopf. Die andere Seite der Fehlentwicklung ist ein Leerstand von 40.000 Hektar, das ist die gesamte Fläche der Stadtgemeinde Wien". Würde im gegenwärtigen Tempo weiter betonierte, wären Österreichs Agrarflächen im Jahr 2222 nicht mehr existent.

*Hochrangige Vertreter aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik Bild: HANS PUNZ (APA)*

"mycity24.at" gefunden am 30.06.2022 18:39 Uhr

## Gewessler: Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich

**Wien (OTS) – Niemand kann die Welt alleine retten: Für eine rasche Klimawende braucht es uns alle. Klimaschutzministerin Leonore Gewessler informiert gemeinsam mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Verbund AG Wolfgang Anzengruber, dem Vorsitzenden der GRAWE-Vermögensverwaltung Othmar Ederer, dem ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä, der Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl und dem Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Hagelversicherung Kurt Weinberger über „Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich“. Gewessler: Wir schaffen den Wandel Der brutale Angriffskrieg auf die Ukraine führt uns einmal mehr vor Augen: Wir müssen raus aus den fossilen Rohstoffen, und zwar so schnell wie möglich. Nur so können wir sicherstellen, dass auch künftige Generationen ein gutes Leben haben – und nicht von Putins Gnaden abhängig sind.**

Die Allianz für mehr Klimaschutz kann also gar nicht breit genug sein: Sei es beim Ausbau von Erneuerbarer Energie, beim Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, beim Schutz von gesundem Boden – oder bei der Frage, wie wir künftig unser Geld investieren. Wenn wir alle an einem Strang ziehen, werden wir den Wandel schaffen. Anzengruber: Mobilitätswende als Beitrag zum Klimaschutz Das Gelingen einer umfassenden Energiewende hin zu einer weitgehenden Abkehr von fossilen Rohstoffen war und ist alternativlos. Die notwendigen Maßnahmen reichen von einer signifikanten Steigerung der Energieeffizienz, über die umfassende Nutzung aller erneuerbaren Energietechnologien, bis zu Verhaltensänderungen bei der Inanspruchnahme von begrenzten Ressourcen. Die aktuelle politische, ökonomische und ökologische Situation zwingt uns die Dynamik des Handelns erheblich zu beschleunigen, um eine Zukunft zu gestalten, die von Lebensqualität und Wohlstand geprägt ist. Wir haben die benötigten Technologien, das Wissen, das Kapital und die Kompetenzen um erfolgreich zu sein. Deshalb gilt es konsequent die restlichen Zweifler zu überzeugen und bremsende Bürokratie pragmatisch zu beseitigen. Es gibt keinen „Plan B“! Ederer: Versicherungen leisten signifikanten Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele Die negativen Auswirkungen der Klimakrise sind bei uns Versicherern längst angekommen – immer häufiger sind wir mit außergewöhnlichen Wetterereignissen wie Hochwasser, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden konfrontiert. Die Hagelversicherung unterstützt die Landwirtschaft mit innovativen Versicherungskonzepten, sie bietet die umfassendste Produktpalette und modernste Schadenserhebung Europas an. Die österreichischen Versicherer versorgen Ihre Kunden mit umfassendem Versicherungsschutz für die Naturgefahren Sturm, Hagel, Schneedruck und Erdbeben. Um den Übergang zu einer klimaresilienten Wirtschaft zu unterstützen, leistet die Versicherungswirtschaft mit dem Green Deal und der Umlenkung von Kapitalanlagen in nachhaltige Investitionen einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz. Matthä: Maßnahmen für eine Energiewende Hitzerekorde, Unwetter – wir spüren den Klimawandel längst. Wir müssen uns alle anstrengen und gemeinsam für die Klimawende arbeiten. Als eines von Österreichs größten Klimaschutzunternehmen nehmen die ÖBB ihre Verantwortung ernst. Schon jetzt ersparen wir Österreich mit unseren Verkehrsleistungen – also mit Bahn und Bus – rund 4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Denn ohne erfolgreiche und nachhaltige Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene werden die österreichischen Klimaziele nicht erreicht. Die gute Nachricht: Die Verkehrswende hat begonnen, der Bahnboom ist da – wir verzeichnen im Fernverkehr ein Plus von 15 Prozent an Fahrgästen gegenüber unserem Rekordjahr 2019. Und wir sind vorbereitet: Wir werden bis 2030 die Sitzplatzkapazität in den Zügen um 30 Prozent erhöhen – für unsere Kund:innen und um unsere Klimaziele zu erreichen. Schulev-Steindl: Klimaschutz in der Verfassung Soll Österreich im Jahr 2040, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, klimaneutral werden, braucht es stabile Rahmenbedingungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die

einen wirksamen und ökonomisch effizienten, aber auch sozial ausgeglichenen Weg zur „Dekarbonisierung“ vorzeichnen. Aus rechtlicher Sicht sollte daher in der Verfassung ein auf wissenschaftlicher Evidenz beruhendes Treibhausgasbudget Österreichs, ein Kooperations- und Compliance-Mechanismus, der die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für die Klimapolitik stärkt, sowie ein über bloße Staatszielbestimmungen hinausgehendes Grundrecht der Bürger:innen auf Klimaschutz verankert werden. Weinberger: Wir brauchen ein neues Wirtschaftsdenken Faktum ist: Nicht die Natur braucht uns, sondern wir brauchen die Natur. Weitermachen wie bisher ist keine Option. Daher müssen wir die Natur schützen und endlich einen Wandel hin zu einem intelligenteren Wirtschaftsdenken einleiten. Den Wohlstand einer Gesellschaft allein an einer einzigen Kennzahl – wie dem Bruttoinlandsprodukt – zu bemessen, ist fatal. Das heißt, wir müssen Wirtschaft neu denken. Wir müssen in die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch die Kennzahl Naturkapital aufnehmen. Wir brauchen einen intakten Natur- und Lebensraum, um zum Beispiel die nationale Lebensmittelversorgungssicherheit zu erhalten. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen. Alles andere wäre grob fahrlässig. Unsere Kinder und Kindeskiner werden es uns danken! BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie Mag. Martina Stemmer Pressesprecherin der Bundesministerin +43 1 71162-658114 [martina.stemmer@bmk.gv.at](mailto:martina.stemmer@bmk.gv.at) <https://www.bmk.gv.at>

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS. [www.ots.at](http://www.ots.at)

(C) Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender.

"kleinezeitung.at" gefunden am 30.06.2022 10:42 Uhr

## Jägerschaft und Kammer über Entscheidung nicht erfreut

**Steirische Jägerschaft spricht sich für einen "Naturschutz mit Hausverstand" aus. Auslaufen der Krähen-Verordnung ist für Landwirtschaftskammer "eine Fehlentscheidung".**

Die Steirische Landesjägerschaft sieht sich veranlasst, eine Aussendung zum Thema Krähenjagd zu veröffentlichen. Grund ist, dass offenbar die Erlaubnis zum Bejagen von Krähe nicht mehr erlaubt sein soll. Dies ergab sich offenbar nach Abschluss einer Krähenzählung auf Referenzflächen. Die Landesjägerschaft spricht sich hingegen "für einen Naturschutz mit Hausverstand aus".

Angeführt wird in der Aussendung der Tod eines jungen Lammes, dem Krähen im Bezirk Weiz bei lebendigem Leib die Augen ausgehackt haben. Das Beispiel zeige, dass "eine gezielte und punktuelle Bejagung" sinnvoll sei. "Prof. Klaus Hackländer von der Universität für Bodenkultur hat sich vor Jahren schon dafür ausgesprochen, neben Heckenpflanzungen auch die Gewinner in der Kulturlandschaft deutlich zu dezimieren. Auch er vermutet, dass gerade in Gebieten mit gefährdeten Beutetierarten und hohen Krähenvogeldichten (z. B. stadtnah im Umfeld von Mülldeponien) der Einfluss von Nebel- und Rabenkrähen auf Singvögel und Niederwild hoch ist", heißt es da.

Landesjägermeister Franz Mayr-Melnhof-Saurau: „Das punktuelle Eingreifen auf Ackerflächen, auf denen Krähen das Saatgut oder die frischen Keimlinge vernichten, die gezielte Vergrämung in der Nähe von Weiden mit den Krähenattacken hilflos ausgelieferten Jungtieren oder das Fernhalten von Biotopen, die wichtige Rückzugsflächen für rückläufige Arten darstellen, ist ein wichtiges Instrument eines Naturschutzes mit Hausverstand.“

### Reaktion der Landwirtschaftskammer

Die steirischen Bäuerinnen und Bauern appellieren an die steirische Landesregierung, die bestehende Verordnung um weitere drei Jahre in der bisherigen Form zu verlängern. „Erreichen Krähen einen unnatürlich hohen Bestand, wie es in vielen Regionen der Steiermark der Fall ist, gefährden sie neben der Landwirtschaft, Eier und Jungvögel anderer Arten bzw. Jungwild von Kleinsäugetern. Es besteht daher auch aus ökologischen Überlegungen das Erfordernis, in die Rabenvögel-Populationen durch Bejagung regulierend einzugreifen, da natürliche Feinde dies bei dieser Populationsdichte nicht vermögen“, führt die Biologin und Wildtierexpertin der Landwirtschaftskammer Steiermark Marlene Moser-Karrer aus.

Aufgrund einer von der Landesregierung beauftragten Erhebung des Erhaltungszustandes der Population von Nebel- und Rabenkrähen, welche einen angeblichen schlechten Erhaltungszustand feststellt, soll es zu keiner Verlängerung der Entnahmeverordnung kommen. Die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft kann das Ergebnis dieser Untersuchung nicht nachvollziehen. Moser-Karrer weiter: „Da es in der Praxis fortlaufend zu erheblichen Schäden an landwirtschaftlichen Kulturen durch diese Rabenvögel kommt, sowie in Regionen hoher Bestandsdichten ein schlechter Erhaltungszustand der Beutetiere der Krähenvögel, wie Singvögel feststellbar ist, erscheint die Notwendigkeit der Entnahme sicherlich gegeben.“

© Ana Gram - Fotolia Krähen als Gefahr © Ana Gram - Fotolia

© Ana Gram - Fotolia Krähen als Gefahr © Ana Gram - Fotolia



*"vienna.at" gefunden am 30.06.2022 10:21 Uhr*

## "Eine breite Allianz für den Klimaschutz"

**Ja, ich möchte Videos der APA angezeigt bekommen. Gemeinsames Pressegespräch mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler, dem Energieexperten**

Wolfgang Anzengruber, dem Vorsitzenden der GRAWE-Vermögensverwaltung Othmar Ederer, dem ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä, der Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl und dem Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Hagelversicherung Kurt Weinberger.

(APA)

"brandaktuell.at" gefunden am 30.06.2022 14:27 Uhr

## Gewessler: Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich

**Wien (OTS) – Niemand kann die Welt alleine retten: Für eine rasche Klimawende braucht es uns alle.**

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler informiert gemeinsam mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Verbund AG Wolfgang Anzengruber, dem Vorsitzenden der GRAWE-Vermögensverwaltung Othmar Ederer, dem ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä, der Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl und dem Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Hagelversicherung Kurt Weinberger über „Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich“.

**Gewessler: Wir schaffen den Wandel**

Der brutale Angriffskrieg auf die Ukraine führt uns einmal mehr vor Augen: Wir müssen raus aus den fossilen Rohstoffen, und zwar so schnell wie möglich. Nur so können wir sicherstellen, dass auch künftige Generationen ein gutes Leben haben – und nicht von Putins Gnaden abhängig sind. Die Allianz für mehr Klimaschutz kann also gar nicht breit genug sein: Sei es beim Ausbau von Erneuerbarer Energie, beim Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, beim Schutz von gesundem Boden – oder bei der Frage, wie wir künftig unser Geld investieren. Wenn wir alle an einem Strang ziehen, werden wir den Wandel schaffen.

**Anzengruber: Mobilitätswende als Beitrag zum Klimaschutz**

Das Gelingen einer umfassenden Energiewende hin zu einer weitgehenden Abkehr von fossilen Rohstoffen war und ist alternativlos. Die notwendigen Maßnahmen reichen von einer signifikanten Steigerung der Energieeffizienz, über die umfassende Nutzung aller erneuerbaren Energietechnologien, bis zu Verhaltensänderungen bei der Inanspruchnahme von begrenzten Ressourcen. Die aktuelle politische, ökonomische und ökologische Situation zwingt uns die Dynamik des Handelns erheblich zu beschleunigen, um eine Zukunft zu gestalten, die von Lebensqualität und Wohlstand geprägt ist. Wir haben die benötigten Technologien, das Wissen, das Kapital und die Kompetenzen um erfolgreich zu sein. Deshalb gilt es konsequent die restlichen Zweifler zu überzeugen und bremsende Bürokratie pragmatisch zu beseitigen. Es gibt keinen „Plan B“!

**Ederer: Versicherungen leisten signifikanten Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele**

Die negativen Auswirkungen der Klimakrise sind bei uns Versicherern längst angekommen – immer häufiger sind wir mit außergewöhnlichen Wetterereignissen wie Hochwasser, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden konfrontiert. Die Hagelversicherung unterstützt die Landwirtschaft mit innovativen Versicherungskonzepten, sie bietet die umfassendste Produktpalette und modernste Schadenserhebung Europas an. Die österreichischen Versicherer versorgen Ihre Kunden mit umfassendem Versicherungsschutz für die Naturgefahren Sturm, Hagel, Schneedruck und Erdbeben. Um den Übergang zu einer klimaresilienten Wirtschaft zu unterstützen, leistet die Versicherungswirtschaft mit dem Green Deal und der Umlenkung von Kapitalanlagen in nachhaltige Investitionen einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

**Matthä: Maßnahmen für eine Energiewende**

Hitzerekorde, Unwetter – wir spüren den Klimawandel längst. Wir müssen uns alle anstrengen und gemeinsam für die Klimawende arbeiten. Als eines von Österreichs größten Klimaschutzunternehmen nehmen die ÖBB ihre Verantwortung ernst. Schon jetzt ersparen wir Österreich mit unseren Verkehrsleistungen – also mit Bahn und Bus – rund 4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Denn ohne erfolgreiche und nachhaltige Verkehrsverlagerung von der Straße

auf die Schiene werden die österreichischen Klimaziele nicht erreicht. Die gute Nachricht: Die Verkehrswende hat begonnen, der Bahnboom ist da – wir verzeichnen im Fernverkehr ein Plus von 15 Prozent an Fahrgästen gegenüber unserem Rekordjahr 2019. Und wir sind vorbereitet: Wir werden bis 2030 die Sitzplatzkapazität in den Zügen um 30 Prozent erhöhen – für unsere Kund:innen und um unsere Klimaziele zu erreichen.

#### Schulev-Steindl: Klimaschutz in der Verfassung

Soll Österreich im Jahr 2040, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, klimaneutral werden, braucht es stabile Rahmenbedingungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die einen wirksamen und ökonomisch effizienten, aber auch sozial ausgeglichenen Weg zur „Dekarbonisierung“ vorzeichnen. Aus rechtlicher Sicht sollte daher in der Verfassung ein auf wissenschaftlicher Evidenz beruhendes Treibhausgasbudget Österreichs, ein Kooperations- und Compliance-Mechanismus, der die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für die Klimapolitik stärkt, sowie ein über bloße Staatszielbestimmungen hinausgehendes Grundrecht der Bürger:innen auf Klimaschutz verankert werden.

#### Weinberger: Wir brauchen ein neues Wirtschaftsdenken

Faktum ist: Nicht die Natur braucht uns, sondern wir brauchen die Natur. Weitermachen wie bisher ist keine Option. Daher müssen wir die Natur schützen und endlich einen Wandel hin zu einem intelligenteren Wirtschaftsdenken einleiten. Den Wohlstand einer Gesellschaft allein an einer einzigen Kennzahl – wie dem Bruttoinlandsprodukt – zu bemessen, ist fatal. Das heißt, wir müssen Wirtschaft neu denken. Wir müssen in die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch die Kennzahl Naturkapital aufnehmen. Wir brauchen einen intakten Natur- und Lebensraum, um zum Beispiel die nationale Lebensmittelversorgungssicherheit zu erhalten. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen. Alles andere wäre grob fahrlässig. Unsere Kinder und Kindeskiner werden es uns danken!

"top-news.at" gefunden am 30.06.2022 15:24 Uhr

## Gewessler: Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich

**Wien (OTS) – Niemand kann die Welt alleine retten: Für eine rasche Klimawende braucht es uns alle.**

Klimaschutzministerin Leonore Gewessler informiert gemeinsam mit dem ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Verbund AG Wolfgang Anzengruber, dem Vorsitzenden der GRAWE-Vermögensverwaltung Othmar Ederer, dem ÖBB-Vorstandsvorsitzenden Andreas Matthä, der Rektorin der Universität für Bodenkultur Wien Eva Schulev-Steindl und dem Vorstandsvorsitzenden der Österreichischen Hagelversicherung Kurt Weinberger über „Eine breite Allianz für mehr Klimaschutz in Österreich“.

**Gewessler: Wir schaffen den Wandel**

Der brutale Angriffskrieg auf die Ukraine führt uns einmal mehr vor Augen: Wir müssen raus aus den fossilen Rohstoffen, und zwar so schnell wie möglich. Nur so können wir sicherstellen, dass auch künftige Generationen ein gutes Leben haben – und nicht von Putins Gnaden abhängig sind. Die Allianz für mehr Klimaschutz kann also gar nicht breit genug sein: Sei es beim Ausbau von Erneuerbarer Energie, beim Umstieg auf den öffentlichen Verkehr, beim Schutz von gesundem Boden – oder bei der Frage, wie wir künftig unser Geld investieren. Wenn wir alle an einem Strang ziehen, werden wir den Wandel schaffen.

**Anzengruber: Mobilitätswende als Beitrag zum Klimaschutz**

Das Gelingen einer umfassenden Energiewende hin zu einer weitgehenden Abkehr von fossilen Rohstoffen war und ist alternativlos. Die notwendigen Maßnahmen reichen von einer signifikanten Steigerung der Energieeffizienz, über die umfassende Nutzung aller erneuerbaren Energietechnologien, bis zu Verhaltensänderungen bei der Inanspruchnahme von begrenzten Ressourcen. Die aktuelle politische, ökonomische und ökologische Situation zwingt uns die Dynamik des Handelns erheblich zu beschleunigen, um eine Zukunft zu gestalten, die von Lebensqualität und Wohlstand geprägt ist. Wir haben die benötigten Technologien, das Wissen, das Kapital und die Kompetenzen um erfolgreich zu sein. Deshalb gilt es konsequent die restlichen Zweifler zu überzeugen und bremsende Bürokratie pragmatisch zu beseitigen. Es gibt keinen „Plan B“!

**Ederer: Versicherungen leisten signifikanten Beitrag zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele**

Die negativen Auswirkungen der Klimakrise sind bei uns Versicherern längst angekommen – immer häufiger sind wir mit außergewöhnlichen Wetterereignissen wie Hochwasser, Überschwemmungen, Dürren und Waldbränden konfrontiert. Die Hagelversicherung unterstützt die Landwirtschaft mit innovativen Versicherungskonzepten, sie bietet die umfassendste Produktpalette und modernste Schadenserhebung Europas an. Die österreichischen Versicherer versorgen Ihre Kunden mit umfassendem Versicherungsschutz für die Naturgefahren Sturm, Hagel, Schneedruck und Erdbeben. Um den Übergang zu einer klimaresilienten Wirtschaft zu unterstützen, leistet die Versicherungswirtschaft mit dem Green Deal und der Umlenkung von Kapitalanlagen in nachhaltige Investitionen einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz.

**Matthä: Maßnahmen für eine Energiewende**

Hitzerekorde, Unwetter – wir spüren den Klimawandel längst. Wir müssen uns alle anstrengen und gemeinsam für die Klimawende arbeiten. Als eines von Österreichs größten Klimaschutzunternehmen nehmen die ÖBB ihre Verantwortung ernst. Schon jetzt ersparen wir Österreich mit unseren Verkehrsleistungen – also mit Bahn und Bus – rund 4 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub> pro Jahr. Denn ohne erfolgreiche und nachhaltige Verkehrsverlagerung von der Straße

auf die Schiene werden die österreichischen Klimaziele nicht erreicht. Die gute Nachricht: Die Verkehrswende hat begonnen, der Bahnboom ist da – wir verzeichnen im Fernverkehr ein Plus von 15 Prozent an Fahrgästen gegenüber unserem Rekordjahr 2019. Und wir sind vorbereitet: Wir werden bis 2030 die Sitzplatzkapazität in den Zügen um 30 Prozent erhöhen – für unsere Kund:innen und um unsere Klimaziele zu erreichen.

#### Schulev-Steindl: Klimaschutz in der Verfassung

Soll Österreich im Jahr 2040, wie im Regierungsprogramm vorgesehen, klimaneutral werden, braucht es stabile Rahmenbedingungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die einen wirksamen und ökonomisch effizienten, aber auch sozial ausgeglichenen Weg zur „Dekarbonisierung“ vorgeben. Aus rechtlicher Sicht sollte daher in der Verfassung ein auf wissenschaftlicher Evidenz beruhendes Treibhausgasbudget Österreichs, ein Kooperations- und Compliance-Mechanismus, der die gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden für die Klimapolitik stärkt, sowie ein über bloße Staatszielbestimmungen hinausgehendes Grundrecht der Bürger:innen auf Klimaschutz verankert werden.

#### Weinberger: Wir brauchen ein neues Wirtschaftsdenken

Faktum ist: Nicht die Natur braucht uns, sondern wir brauchen die Natur. Weitermachen wie bisher ist keine Option. Daher müssen wir die Natur schützen und endlich einen Wandel hin zu einem intelligenteren Wirtschaftsdenken einleiten. Den Wohlstand einer Gesellschaft allein an einer einzigen Kennzahl – wie dem Bruttoinlandsprodukt – zu bemessen, ist fatal. Das heißt, wir müssen Wirtschaft neu denken. Wir müssen in die jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung auch die Kennzahl Naturkapital aufnehmen. Wir brauchen einen intakten Natur- und Lebensraum, um zum Beispiel die nationale Lebensmittelversorgungssicherheit zu erhalten. Wir müssen jetzt die Chance ergreifen. Alles andere wäre grob fahrlässig. Unsere Kinder und Kindeskiner werden es uns danken!

BM für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Mag. Martina Stemmer

Pressesprecherin der Bundesministerin

+43 1 71162-658114 [martina.stemmer@bmk.gv.at](mailto:martina.stemmer@bmk.gv.at) <https://www.bmk.gv.at>

OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER  
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS. [www.ots.at](http://www.ots.at)

© Copyright APA-OTS Originaltext-Service GmbH und der jeweilige Aussender

"science.apa.at" gefunden am 30.06.2022 09:15 Uhr

## 50 Jahre Donauinsel: Um ein Haar sähe sie heute ganz anders aus

**Die Donauinsel ist aus Wien nicht mehr weg zu denken. Dabei sahen die ursprünglichen Baupläne ein rein technisches Bauwerk vor.**

Wie die Donauinsel zur grünen Oase Wiens wurde, zeigt ein Filmprojekt des Instituts für Landschaftsarchitektur der BOKU.

Vor 50 Jahren, im Jahr 1972, rückten die ersten Bagger an. Es war ein Bauprojekt der Superlative: 16 Jahre lang wurden rund 30 Millionen Kubikmeter Erde bewegt, um eine 21 Kilometer lange Insel und die tiefer liegende Neue Donau zu errichten. "Mich interessiert schon ganz lange, wie es möglich war, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mehrere der größten Parkanlagen Wiens entstanden, während heute nur noch kleine Grünflächen geplant werden", erzählt Ulrike Krippner, vom Institut für Landschaftsarchitektur der Universität für Bodenkultur Wien.

Als Gottfried Hansjakob, der wesentlich an den Bauplänen der Donauinsel mitwirkte, seinen Vorlass der BOKU überließ, schien der ideale Zeitpunkt gekommen. Mit ihren Kolleginnen Dagmar Grimm-Pretner, Gertrud Haidvogel und Daniela Lehner interviewte Krippner in einem Forschungsprojekt Fachleute von damals, die den langwierigen Diskussionsprozess schilderten. "Heute scheinen im Gegensatz zu damals die Vision und der Wille zu fehlen auch etwas gegen Widerstände durchzusetzen", erklärt sie. Denn auch damals sei es eine kooperative Herkulesaufgabe zwischen Expert\*innen und der Stadt Wien gewesen.

**Der Plan: Pfeilgerade Uferlinien, geplante Böschungen**

Als Schutz vor Hochwasser, die immer wieder vor allem in Teilen des 20. Bezirks verheerende Schäden angerichtet hatten, war zunächst ein rein technisches Bauwerk geplant mit pfeilgeraden Uferlinien und steilen, geplanten Böschungen. Keine Badebuchten, kein durchdachtes Wegesystem. Am Ende entstand eine 3,9 Quadratkilometer große Oase zum Radfahren, Schwimmen, Grillen und Chillen. Doch erst ein Zufall wendete das Schicksal, erinnert sich Bruno Domany, der damals die Koordinationsstelle Donaubezirk leitete und grünere Pläne für die Donauinsel im Sinn hatte. Wegen eines Unfalls auf der Autobahn war er gezwungen, gemeinsam mit der gesamten Jury die Baustelle zu Fuß zu besichtigen. Erst so traten die wahren Dimensionen hervor, der Kontrast zur Enge der Stadt und das Potenzial freier Uferbereiche mit Blick auf Leopoldsberg und Kahlenberg. Das überzeugte auch andere und man war sich einig: "Eine Bebauung gehört da einfach nicht hin", so Domany. Landschaftsarchitekt\*innen erarbeiteten einen Gegenvorschlag zu den vorliegenden Plänen. Gottfried Hansjakob lieferte gemeinsam mit Wilfried Kirchner Planungsunterlagen, die der Donau und ihrer ursprünglichen Größe, ein Denkmal setzten.

**Die Donau, der Neusiedlersee der Wiener**

"Man wollte Wien an die Donau bringen, weil die damals weit draußen lag", erklärt Karl Glotter, der Mitglied des Arbeitskreises 2 war. Man wollte die beiden Stadtteile verbinden. Das verbindende Element zwischen den beiden Stadtteilen sollten nun allerdings der Fluss selbst und der neue Naturraum dazwischen sein, in dem sich Menschen treffen können. "Davor sind alle zum Neusiedlersee gefahren", erinnert sich Domany, was viel Zeit und Geld gekostet habe. Dennoch war der Weg bis zur heutigen Form der Donauinsel holprig. Einerseits sei es schwierig gewesen, Bauarbeiter zu überzeugen kein gerades Profil zu erzeugen, nicht möglichst lange mit dem Bagger über die Böschung zu fahren, bis jede Unebenheit beseitigt gewesen sei, schmunzelt Domany. Es habe sogar Prämien für nicht verletzte Bäume gegeben. Andererseits gab es viele Kritiker\*innen. Erst die Nutzung der Bevölkerung ließ für alle den Rückschluss zu, dass diese

Form die Donauinsel zu gestalten eine kluge Idee sei, deshalb habe man versucht, auch noch nicht ganz fertige Bereiche sofort zu besetzen, so Domany.

Die beiden Kurzfilme zur Geschichte der Donauinsel finden Sie unter:

[youtu.be/SjqKYNCfTaU](https://youtu.be/SjqKYNCfTaU)

[youtu.be/-l0jU61W474](https://youtu.be/-l0jU61W474)

Kontakt:

Dipl.-Ing. Dr.nat techn. Ulrike Krippner

Universität für Bodenkultur

Institut für Landschaftsarchitektur (ILA)

E-Mail: [ulrike.krippner@boku.ac.at](mailto:ulrike.krippner@boku.ac.at)

Tel.: +43 1 47654 85213

Bettina Fernsebner-Kokert, BA

Stv. Leitung Öffentlichkeitsarbeit / Public Relations

Universität für Bodenkultur Wien (BOKU)

University of Natural Resources and Life Sciences, Vienna

Gregor Mendel-Straße 33, 1180 Wien (Vienna), Austria

Mobil: +43 (0) 664 885 86 531

Mail: [bettina.fernsebner@boku.ac.at](mailto:bettina.fernsebner@boku.ac.at)

[www.boku.ac.at](http://www.boku.ac.at)

Stichwörter

"science.apa.at" gefunden am 30.06.2022 15:48 Uhr

# Experten warnen vor EU-Nachhaltigkeitssiegel für Atomkraft

## **Internationale Experten warnen nachdrücklich vor den Plänen der EU, Atomkraft als nachhaltige Investitionen einzustufen.**

In einem Brief an das EU-Parlament argumentieren Wissenschaftler und Experten aus dem Bereich Kernenergie - unter federführender Beteiligung der Universität für Bodenkultur (BOKU) Wien -, warum Investitionen in die Nuklearenergie ökonomisch nicht sinnvoll und darüber hinaus gefährlich seien und zudem nicht geeignet, das Klimaproblem zu lösen.

Der am Donnerstag veröffentlichte Appell an EU-Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und die Fraktionsvorsitzenden im EU-Parlament erfolgt kurz vor der Abstimmung des EU-Parlaments kommende Woche über die sogenannte Taxonomie-Verordnung zur Umsetzung der EU-Klimapläne. Um bis 2050 klimaneutral zu werden, hat die EU-Kommission vorgeschlagen, dass auch Investitionen in Atomkraft und Gas als klimafreundlich gelten sollen. Die Experten fordern das EU-Parlament auf, diesen Vorschlag abzulehnen.

Kernenergie sei "keineswegs eine nachhaltige Form der Energieerzeugung und Investitionen in diesem Bereich stünden dann für den dringend benötigten Ausbau erneuerbarer Energiequellen nicht mehr zur Verfügung", warnen die Experten. Atomenergie sei schlicht zu teuer und unwirtschaftlich, um einen relevanten Beitrag zur globalen Energieerzeugung zu leisten. Hinzu komme das Sicherheitsrisiko und die ungelösten Probleme des langlebigen radioaktiven Abfalls.

### Sicherheitsrisiko bei Atommeilern steigt

Das Sicherheitsrisiko habe zuletzt der Krieg in der Ukraine durch die Kämpfe an AKW-Standorten eindrücklich vor Augen geführt, so die Experten. Auch die Auswirkungen des Klimawandels mit dem Anstieg des Meeresspiegels, vermehrte und stärkere Stürme sowie Überflutungen würde das Risiko von Atommeilern weiter erhöhen.

Sicherheitspolitisch gefährlich sei Atomkraft überdies, weil eine Vielzahl neuer Reaktoren und gerade auch neu vorgeschlagene Reaktortypen dazu beitragen würden, das Risiko der Weiterverbreitung von Atomwaffen zu erhöhen. Die Experten weisen zudem auf das Problem der Versorgungssicherheit hin, da die meisten Atomkraftwerke weltweit von russischen Uran-Lieferungen abhängig seien.

### Neue Reaktoren keine brauchbare Alternative

Auch in neuen Kernkraft-Technologien sehen die Wissenschaftler keine brauchbare Alternative. Die Erwartungen in kleine, sichere und effizientere Atomkraftwerke seien riesig. Bisher sei ein Einsatz derartiger Reaktoren vor dem Jahr 2050 aber unrealistisch, erklärte Nikolaus Müllner vom Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften an der BOKU in einem Online-Pressegespräch. Die Forschung beschäftige sich bereits seit Jahrzehnten mit der Entwicklung neuer Reaktoren, "aus heutiger Sicht ist nicht greifbar, wo der große Durchbruch herkommen soll, wenn er in den letzten 60 Jahren nicht gekommen ist", so Müllner.

Die Frage sei insgesamt, welche Rolle die Atomenergie in Zukunft noch spielen solle, meint der Risikoforscher Wolfgang Liebert. Als Ergänzung zu erneuerbaren Energien sei Nuklearenergie nämlich nicht sinnvoll, weil Atomkraftwerke anders als etwa Gaskraftwerke nicht rasch hochgefahren werden können, wenn etwa die Sonne nicht scheint und der Wind nicht bläst. Atomkraftwerke müssten dauernd laufen. "Wenn wir es ernst mit der Energiewende meinen, wird es schwierig", so der Leiter des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaften.

### Stichwörter



"online-nachrichten.eu" gefunden am 30.06.2022 14:24 Uhr

## Klimaschutz: Politik, Finanz und Wissenschaft für „breite Allianz“

**Umweltministerin Gewessler: „Niemand kann diese große Aufgabe ‚Klimaschutz‘ allein bewältigen.“**

Eine „breite Allianz für mehr Klimaschutz“ haben am Donnerstag sechs Vertreter aus Politik, Finanz und Wissenschaft bei einem Medientermin in Wien gefordert. „Niemand kann diese große Aufgabe ‚Klimaschutz‘ allein bewältigen“, betonte Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) in ihrer einleitenden Rede, also müssten die Akteure zusammenspielen. „Wir brauchen alle Schichten der Gesellschaft“, meinte auch Ex-Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber.

Beim Klimaschutz würde die Konzentration zu sehr auf Energie liegen, dabei sei es „erschütternd mit welchem Wirkungsgrad wir Energie nutzen“. Ein Negativbeispiel sei hier etwa der Verbrennungsmotor, dem in der EU gerade erst ein Ende bis 2035 gesetzt wurde. Aber: „Warten wir jetzt 13 Jahre bis das Verbot greift?“ fragte Anzengruber und gab gleich selbst die Antwort: Schon jetzt könnte man Geschwindigkeitsbegrenzungen für Automobile einführen oder ein Werbeverbot für großvolumige Autos. Und von Verzicht dürfe man dann nicht reden, denn „ansonsten würden wir auf unsere Zukunft verzichten“.

Nicht von Verzicht reden wollte auch die Rektorin der Universität für Bodenkultur (Boku), Eva Schulev-Steindl, in Bezug auf die Forderung, den Klimaschutz in die Verfassung zu heben. Zwar gebe es Stimmen, die einem derartigen Vorhaben die Sinnhaftigkeit absprechen würden, aber die Expertin für Verfassungs- und Umweltrecht hielt dagegen, dass klare Rahmenbedingungen für die Energiewende nötig seien. Ein Pariser Klimavertrag reiche da nicht aus – wenn Staaten ihre Klimaziele nicht einhalten, gebe es ja keine Konsequenzen. „Es macht daher Sinn bestimmte Eckdaten in der Verfassung zu verankern“, sagte Schulev-Steindl, und schlug das 1,5-Grad-kompatible Treibhausgasbudget vor – eine „langfristige Vorgabe, von der ein Reduktionspfad abgeleitet werden kann“, und zwar von Bund und Ländern.

„Wir spüren auf Versicherungsseite die Auswirkungen der Klimakrise ganz klar“, sagte Othmar Ederer, ehemaliger Generaldirektor der Grazer Wechselseitigen Versicherung (Grawe). Neben gesetzlichen Vorgaben benötigt der so notwendige Klimaschutz auch den privaten Finanzsektor, für den der für Naturkatastrophen und Green Finance zuständige Experte ...read more

"online-nachrichten.eu" gefunden am 30.06.2022 17:54 Uhr

## Warum in Österreich das Trinkwasser nicht ausgeht

**Anders als in Italien, wo über Rationierung nachgedacht wird, ist die Versorgung in Österreich sicher. Und das langfristig.**

Italienische Verhältnisse wird es in der österreichischen Wasserversorgung trotz Klimawandels auch langfristig nicht geben, sind sich heimische Experten einig. Punktuell kann es zwar zu Problemen kommen, aber das war auch in der Vergangenheit so.

Ein Grund sind die heimischen Berge, in denen es den meisten Niederschlag und damit die größte Grundwasserbildung gibt. Sogar bei den negativsten Szenarien des Klimawandels wird sich das nicht ändern. „Es wird nicht passieren, dass wir Sahara-Verhältnisse in Österreich bekommen“, sagt Roman Neunteufel, Wasserexperte von der Universität für Bodenkultur Wien (Boku).

### Mehr Regen

„Ich traue mich zu sagen: Die Trinkwasserversorgung in Österreich ist sehr sicher“, erklärt auch Wolfgang Nöstlinger, Vizepräsident der Österreichischen Vereinigung für das Gas- und Wasserfach (ÖVGW).

Durch den Klimawandel werde es mitunter nicht weniger, sondern mehr regnen, da warme Luft mehr Wasser transportieren könne, erklärt Neunteufel. Allerdings werde der Regen seltener und heftiger kommen. Es könne zwar sein, dass die Böden das Wasser dann nicht so gut aufnehmen könnten und der Grundwasserpegel etwas sinken werde, die Trinkwasserversorgung sieht er in Österreich aber nicht gefährdet.

### Rasche Erholung

Grundwasser, das in sogenannten Grundwasserkörpern im ganzen Land verteilt ist, sollte nachhaltig, also nicht über Maßen, genutzt werden. „Bevor einem aber das Trinkwasser ausgeht, kann man kurzfristig auch mehr entnehmen“, sagt Neunteufel. Wenn das nicht übertrieben werde, könne sich der Grundwasserkörper erholen.

Auch wenn es in Österreich trockene Gegenden gibt oder Menschen entsetzt vor einem ausgetrockneten Baggersee stehen oder auf den tiefen Wasserstand des Neusiedlersees schauen, ist das kein Grund zur Panik. Mancherorts kann es laut Neunteufel auch in Österreich zu Wasserverknappungen kommen, doch ist auch das nichts Neues.

Vor allem aber ist die Versorgung mit Trinkwasser nicht gefährdet. Oft würden sich etwa Haushalte oder kleine Gemeinden auf zu untiefe Brunnen oder zu kleine Quellen verlassen, die dann ...  
read more

"buzzfeed.at" gefunden am 30.06.2022 16:24 Uhr Von: Johannes Pressler

## Unwetter in Österreich: Ein Experte für Naturgefahren erklärt, wie es zu so schweren Schäden kommen konnte

### **Interview: Johannes Hübl (BOKU Wien) über die schweren Unwetter in weiten Teilen Österreichs. Ein Todesfall hätte möglicherweise sogar verhindert werden können.**

Unbefahrbare Straßen, zerstörte Häuser, mit Wasser zugeschüttete Fußballplätze. Es sind Bilder wie aus einem Katastrophenfilm, die uns derzeit aus Kärnten, Salzburg und Oberösterreich erreichen. Die schweren Unwetter sorgten für einiges an Verwüstung, die Überschwemmungen und Murenabgänge trafen besonders Kärnten hart. Eine Familie musste mit einem Hubschrauber aus ihrem Zuhause gerettet werden. Ein vermisster Mann im kärntnerischen Treffen konnte nur tot aufgefunden werden.

Jetzt beginnen die Aufräumarbeiten. Die Schäden sind insbesondere in Kärnten enorm. Neben dem Bundesheer hat auch die Politik schon zugesagt, mit finanzieller Hilfe unter die Arme greifen zu wollen. Doch in welchem Ausmaß hätten die Schäden verhindert werden können? Und welche Rolle spielt die Klimakrise bei derart schweren Unwettern? Das hat BuzzFeed Austria den Universitätsprofessor für Naturgefahren und Risikomanagement an der Universität für Bodenkultur in Wien, Johannes Hübl, gefragt.

Neben schweren Überschwemmungen kam es in Teilen Österreichs auch immer wieder zu Murenabgängen. Wie kommen solche gefährlichen Abgänge überhaupt zustande?

Im Prinzip mischt sich Wasser mit unterschiedlichem Geröll. Wenn eine gewisse Konzentration erreicht ist, kommt es zu einem Übergang von einem Hochwasser zu einem Murgang. Dieser kann Spitzenabflüsse haben, die durchschnittlich das drei- bis zehnfache von einem Hochwasser sind.

Besonders in Kärnten sollen die Schäden enorm sein. Aus der Perspektive eines Experten für Risikomanagement, hätten diese teilweise verhindert werden können oder kann man bei Unwettern dieses Ausmaßes einfach nichts machen?

Wir denken in sogenannten Bemessungsereignissen. Das ist ein Gedanke, wie groß die Gefahr sein kann. Dazu gehören Faktoren wie die Abflusstiefe und Geschwindigkeit. Wenn ich mir die Niederschlagsdaten ansehe, die an den betroffenen Orten aufgetreten sind, dann liegen wir hier über so einem Bemessungsereignis. Die Gebiete reagieren halt darauf. Bei sehr starker Belastung wird das Ganze aber zu einem Überlastfall. Tritt so ein Fall ein, werden die Schäden zwar reduziert, können aber immer noch in einem sehr großen Ausmaß auftreten. Das ist hier sicherlich so geschehen. Die Sicherheitsmaßnahmen sind nämlich nur auf Bemessungsereignisse ausgelegt. Die Natur hört aber nicht bei irgend so einem Bemessungsereignis auf, sondern geht weiter. Theoretisch sollten diese dann aber sehr selten auftreten.

Was bedeutet das für besonders betroffene Gebiete wie Treffen, wo ein Mann sogar verstorben ist?

Dort gibt es ein Schutzprojekt, dass allerdings noch nicht ausgeführt wurde. Rückhaltebecken für Hochwasser sind hier geplant, aber noch nicht gebaut. Das Projekt liegt am Tisch, die derzeitigen Unwetter kamen dafür allerdings zu früh. Sonst hätte es in diesem Gebiet wohl anders ausgesehen.

Müssen wir damit rechnen, dass solche schweren Unwetter immer öfter geschehen werden oder handelt es sich hierbei immer noch um Ausnahmefälle?

Solche extremen Ereignisse sind sicher Ausnahmefälle. Pro Jahr werden in Österreich knapp 400 Millionen Euro in Schutzmaßnahmen investiert. Dank dieser Schutzmaßnahmen führt nicht jedes Ereignis zu derartig großen Schäden. Was man allerdings merkt, sind die Überlastfälle oder wo

eben noch keine Schutzmaßnahmen realisiert wurden. Es werden Ausnahmefälle bleiben. Solche Ausnahmefälle könnten in Zukunft aber öfters eintreten. Das ist nicht ausgeschlossen.

Welche Rolle spielen dabei die Klimakrise beziehungsweise die jährlich steigenden Temperaturen?

Wetterlagen und Temperaturen spielen eine wesentliche Rolle. Je wärmer es ist, umso mehr Wasser kann die Luft aufnehmen. Was wir sehen, ist die Tatsache, dass die Intensität von Niederschlägen dann größer werden kann. Zudem kommt hinzu, dass gewisse Wetterlagen immer stationärer werden. Früher gab es mehr Abwechslung zwischen schönem und schlechtem Wetter. Jetzt haben wir längere Perioden, die entweder schön oder schlecht sind. Das sind sicherlich gewisse Faktoren, die hier in Zukunft eine Rolle spielen werden.

Ebenfalls in Gefahr steht der Neusiedler See im Burgenland. Der See droht nämlich auszutrocknen. Um das zu verhindern, hat das Burgenland nun eine eigene GmbH gegründet

Auch interessant

Kommentare

*Unwetter in weiten Teilen Österreichs: Die Schäden, so wie hier in Treffen (Kärnten), sind enorm. © Gert Eggenberger/APA-PictureDesk Experte Hübl: „Die Natur hört aber nicht bei irgend so einem Bemessungsereignis auf, sondern geht weiter.“ © Johannes Hübl*

*Unwetter in weiten Teilen Österreichs: Die Schäden, so wie hier in Treffen (Kärnten), sind enorm. © Gert Eggenberger/APA-PictureDesk Experte Hübl: „Die Natur hört aber nicht bei irgend so einem Bemessungsereignis auf, sondern geht weiter.“ © Johannes Hübl*

"politik-live.at" gefunden am 30.06.2022 13:36 Uhr

## Klimakrise: Politik, Finanz und Wissenschaft für "breite Allianz"

**Eine "breite Allianz für mehr Klimaschutz" haben am Donnerstag sechs Vertreter aus Politik, Finanz und Wissenschaft bei einem Medientermin in Wien gefordert.**

Am Tag fünf der aktuellen Hitzewelle erinnerte Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) einleitend an die Klimakrise, aber das eigentliche Motto laute "Handeln", meinte Ex-Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber - "gesprochen und geredet" habe man schon genug. Notwendig sei dabei die Gemeinsamkeit, so Gewessler.

"Niemand kann diese große Aufgabe 'Klimaschutz' allein bewältigen", hob die Ministerin in ihrer einleitenden Rede hervor, also müssten die Akteure zusammenspielen. "Wir brauchen alle Schichten der Gesellschaft", führte auch Anzengruber aus. Beim Klimaschutz würde die Konzentration zu sehr auf Energie liegen, dabei sei es "erschütternd mit welchem Wirkungsgrad wir Energie nutzen". Ein Negativbeispiel seien hier etwa im Verbrennungsmotor zu finden, dem in der EU gerade erst ein Ende bis 2035 gesetzt wurde. Und erneut gelte es zu handeln: "Warten wir jetzt 13 Jahre bis das Verbot greift?", fragte Anzengruber und gab gleich selbst die Antwort. Schon jetzt könnte man Geschwindigkeitsbegrenzung für Automobile einführen oder ein Werbeverbot für großvolumige Autos. Und von Verzicht dürfe man dann nicht reden, denn "ansonsten würden wir auf unsere Zukunft verzichten".

Nicht von Verzicht reden wollte auch die Rektorin der Universität für Bodenkultur (Boku), Eva Schulev-Steindl, in Bezug auf die Forderung, den Klimaschutz in die Verfassung zu heben. Zwar gebe es Stimmen, die einem derartigen Vorhaben die Sinnhaftigkeit absprechen würden, aber die Expertin für Verfassungs- und Umweltrecht hielt dagegen, dass klare Rahmenbedingungen für die Energiewende nötig seien. Ein Pariser Klimavertrag reicht da nicht aus, wenn Staaten ihre Klimaziele nicht einhalten, gebe es ja keine Konsequenzen. "Es macht daher Sinn bestimmte Eckdaten in der Verfassung zu verankern", sagte Schulev-Steindl, und schlug das verbleibende 1,5-Grad-kompatible Treibhausgasbudget vor - eine "langfristige Vorgabe, von ein Reduktionspfad abgeleitet werden kann", und zwar von Bund und Ländern.

"Wir spüren auf Versicherungsseite die Auswirkungen der Klimakrise ganz klar", sagte Othmar Ederer, von der Grazer Wechselseitige Versicherung (Grawe) Vermögensverwaltung. Neben gesetzlichen Vorgaben benötigt der so notwendige Klimaschutz auch den privaten Finanzsektor, für den der für Naturkatastrophen und Green Finance zuständige Experte sprach. "In der österreichischen Finanzwirtschaft gibt es ein klares Bekenntnis zu 'Green Finance'", sage Ederer. Man wolle das Geschäft an Klimazielen orientieren, aber in der Branche hadere man ein wenig mit der Gesetzgebung, "die voraus marschiert, ohne die Taxonomie auch mitzuliefern" -diese sollte zusätzlich auch "les- und lebbar sein, und nicht nur von einer Handvoll Experten verstanden werden". 120 Milliarden Euro Kapital hätten die Versicherungen jedenfalls, die investiert und reinvestiert werden können.

©APA/HANS PUNZ

"wienerzeitung.at" gefunden am 30.06.2022 16:09 Uhr

## Politik, Finanz und Wissenschaft für "breite Allianz"

### **Boku-Rektorin will Klimaschutz in der Verfassung sehen. Eine "breite Allianz für mehr Klimaschutz" haben am Donnerstag sechs Vertreter aus**

Politik, Finanz und Wissenschaft bei einem Medientermin in Wien gefordert. Am Tag fünf der aktuellen Hitzewelle erinnerte Umweltministerin Leonore Gewessler (Grüne) einleitend an die Klimakrise, aber das eigentliche Motto laute "Handeln", meinte Ex-Verbund-Chef Wolfgang Anzengruber - "gesprachen und geredet" habe man schon genug. Notwendig sei dabei die Gemeinsamkeit, so Gewessler.

"Niemand kann diese große Aufgabe 'Klimaschutz' allein bewältigen", hob die Ministerin in ihrer einleitenden Rede hervor, also müssten die Akteure zusammenspielen. "Wir brauchen alle Schichten der Gesellschaft", führte auch Anzengruber aus. Beim Klimaschutz würde die Konzentration zu sehr auf Energie liegen, dabei sei es "erschütternd mit welchem Wirkungsgrad wir Energie nutzen". Ein Negativbeispiel seien hier etwa im Verbrennungsmotor zu finden, dem in der EU gerade erst ein Ende bis 2035 gesetzt wurde. Und erneut gelte es zu handeln: "Warten wir jetzt 13 Jahre bis das Verbot greift?", fragte Anzengruber und gab gleich selbst die Antwort. Schon jetzt könnte man Geschwindigkeitsbegrenzung für Automobile einführen oder ein Werbeverbot für großvolumige Autos. Und von Verzicht dürfe man dann nicht reden, denn "ansonsten würden wir auf unsere Zukunft verzichten".

Nicht von Verzicht reden wollte auch die Rektorin der Universität für Bodenkultur (Boku), Eva Schulev-Steindl, in Bezug auf die Forderung, den Klimaschutz in die Verfassung zu heben. Zwar gebe es Stimmen, die einem derartigen Vorhaben die Sinnhaftigkeit absprechen würden, aber die Expertin für Verfassungs- und Umweltrecht hielt dagegen, dass klare Rahmenbedingungen für die Energiewende nötig seien. Ein Pariser Klimavertrag reicht da nicht aus, wenn Staaten ihre Klimaziele nicht einhalten, gebe es ja keine Konsequenzen. "Es macht daher Sinn bestimmte Eckdaten in der Verfassung zu verankern", sagte Schulev-Steindl, und schlug das verbleibende 1,5-Grad-kompatible Treibhausgasbudget vor - eine "langfristige Vorgabe, von ein Reduktionspfad abgeleitet werden kann", und zwar von Bund und Ländern.

### **ÖBB-Chef für Verkehrswende**

"Wir spüren auf Versicherungsseite die Auswirkungen der Klimakrise ganz klar", sagte Othmar Ederer, von der Grazer Wechselseitige Versicherung (Grawe) Vermögensverwaltung. Neben gesetzlichen Vorgaben benötigt der so notwendige Klimaschutz auch den privaten Finanzsektor, für den der für Naturkatastrophen und Green Finance zuständige Experte sprach. "In der österreichischen Finanzwirtschaft gibt es ein klares Bekenntnis zu 'Green Finance'", sage Ederer. Man wolle das Geschäft an Klimazielen orientieren, aber in der Branche hadere man ein wenig mit der Gesetzgebung, "die voraus marschiert, ohne die Taxonomie auch mitzuliefern" - diese sollte zusätzlich auch "les- und lebbar sein, und nicht nur von einer Handvoll Experten verstanden werden". 120 Milliarden Euro Kapital hätten die Versicherungen jedenfalls, die investiert und reinvestiert werden können.

Für ÖBB-Chef Andreas Matthä widmete sich seiner Profession entsprechend dem Verkehr, der Dauer-Großbaustelle beim heimischen Klimaschutz. Dieser sei ein "wesentlicher Emittent", da brauche es eine Verkehrswende. "Sie werden nicht überrascht sein, dass ich für das System Schiene werbe", meinte er, aber der Umstieg auf diese sei ein "rascher Hebel". Die ÖBB haben 2030 als Ziel für die CO<sub>2</sub>-Neutralität im Bereich der Mobilität anvisiert, zudem sei man dabei die Leistungsfähigkeit der Bahn erhöhen und zwar mit dem "Ausbau der Infrastruktur, neuen Fahrzeuge und Digitalisierung. Zudem sprach Matthä die Vielzahl der gegenwärtigen Krisen an, jedoch sei die Klimakrise jene, "die uns ganz nachhaltig weiter beschäftigen wird", auch wenn sie aktuell nicht so im Fokus stünde.

Stark auf die Klimakrise hinweisen müsse man daher, denn "wenn wir nichts tun, dann bedeutet das letztendlich kollektiven Selbstmord", warnte Hagelversicherungs-Chef Kurt Weinberger. Der Spezialversicherer für die Landwirtschaft haderte mit dem Bodenverbrauch in Österreich, denn kein zweites Land in Europa würde derartig agieren, sagte Weinberger. Aus dem einstigen Boden entstand "die höchste Supermarktfläche pro Kopf und das längste Straßennetz mit 15 Metern pro Kopf. Die andere Seite der Fehlentwicklung ist ein Leerstand von 40.000 Hektar, das ist die gesamte Fläche der Stadtgemeinde Wien". Würde im gegenwärtigen Tempo weiter betoniert, wären Österreichs Agrarflächen im Jahr 2222 nicht mehr existent. (apa)

*An der Pressekonferenz am Donnerstag nahm neben Umweltministerin Leonore Gewessler unter anderem auch Hagelversicherungs-Chef Kurt Weinberger teil. © APA/HARALD SCHNEIDER*

"sn.at" gefunden am 30.06.2022 08:48 Uhr Von: Maria Riedler

## Ein Skigebiet will klimafit werden

### **Mehr Klimaschutz und mehr Nachhaltigkeit. Snow Space Salzburg hat sich ein ehrgeiziges Ziel gesetzt.**

Normalerweise tuckert der Geisterbergzug, ein Traktorzug, gefüllt mit vielen Kindern hier den Wanderweg am "Geisterberg" entlang. An diesem Tag sind jedoch nur Erwachsene am Gernkogel unterwegs. Snow Space Salzburg stellt direkt im Ski- bzw. Wandergebiet seinen Beirat für Umwelt, Klima und Biodiversität vor. "Wir wollen eine ökologische Vorreiterrolle mit diesen Maßnahmen einnehmen", so der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Hettegger. Bereits vor eineinhalb Jahren startete man. Das ambitionierte Ziel: In fünf Jahren soll das Skigebiet klimaneutral werden.

Am Gernkogel kann das Ziel einer artenreichen Vegetation direkt vor Ort veranschaulicht werden. Der emeritierte Biologe der Universität für Bodenkultur, Florin Florineth, und Förster Michael Steinwender zeigen die Möglichkeiten für artenreiche Vegetation auf den Pisten auf:

Wo Speicherteiche zu klein für die Anforderungen wurden, sollen sich durch Rückbaumaßnahmen wieder mehr Feucht- und Mooregebiete mit blütenreichen Pflanzen und Kräutern entwickeln. In Biotopen oder aufgelassenen Retentionsbecken entsteht wieder neuer Lebensraum für Amphibien wie Frösche, Bergmolche oder Eidechsen.

### 10 Interesting Facts About Earth's Oceans

Ein Angebot von

### Mehr Lebensraum für blütenreiche Pflanzen

Ausschließlich gelbe Wiesen, wo vor allem nur der Scharfe Hahnenfuß wächst, sollen in drei bis fünf Jahren der Vergangenheit angehören. "Entstehen soll hier vermehrt Lebensraum für Raufußhühner, Insekten oder Schmetterlinge. Forciert werden Weideflächen mit Lärchenweiden und blütenreichen Pflanzen wie in ursprünglichen Almgebieten. "Wachsen sollen vor allem Orchideen, Wollgras, wilder Thymian, Weißer Hahnenfuß oder Almrausch." Erreicht werden soll das neben schonender Mahd statt dem Mulchen auch mit Beweidung.

Darüber hinaus möchte Florineth die Vielfalt durch die Verwendung von speziellen kräuter- und blumenreichen Saatmischungen stärken. Ein Weg, der vorerst in Alpendorf und Flachau und später auch in Wagrain, gemeinsam mit Grundbesitzern und allen Betroffenen, gegangen wird, betont Hettegger.

Auch optisch soll der Landschaftsraum für die Sommernutzung ansprechender gemacht werden, hierfür wurden bereits Schneekanonen abgedeckt oder Liftstützen grün gestrichen. Die Experten regten auch an, die Flachdächer der Seilbahnstationen und Maschinenhallen zu begrünen, sofern diese nicht für die Energiegewinnung im Gebiet verwendet werden.

"Eine Bestandsaufnahme war wichtig, um zu sehen, wo Defizite sind und wie ernst gemeint diese künftigen nachhaltigen Maßnahmen sind", erklären die Wissenschaftler, die sich zuversichtlich zeigen, dass bereits in drei Jahren sichtbare Erfolge vorzeigbar sind. Ziel sei es, für jeden Standort ein geeignetes Management festzulegen.

### Keinen grünen Mantel umhängen

Die Vorsitzende des Beirates, Ulrike Pröbstl-Haider, Universitätsprofessorin für Landschaftsentwicklung an der Universität für Bodenkultur in Wien, beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit dem Thema Skitourismus und Naturraum. Sie ist auch Mitherausgeberin des vom Klima- und Energiefonds unterstützten Reports "Tourismus und Klimawandel": "Wintersportdestinationen sind zugleich Verursacher und Betroffene des Klimawandels", meint die Wissenschaftlerin. Ein Null-Emissionen-Skitag vor Ort könne von den Seilbahnunternehmen jedoch erreicht werden.



Tourismusexperte Professor Thomas Bausch hob hervor, dass Klimaneutralität und Nachhaltigkeit bei den Gästen der Wintersportgebiete an Bedeutung gewinnen. In Zukunft würden von den Seilbahnen, den Hotels und der Gastronomie mehr Nachhaltigkeit sowie Engagement beim Klimaschutz und der klimaschonenden Mobilität am Urlaubsort verlangt. Der Tourismus könne sich dieser Entwicklung, die mittlerweile alle Branchen herausfordere, nicht entziehen. Auch wenn die Gäste derzeit noch diffuse Bilder von Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Urlaub hätten, seien die Erwartungen hoch.

Das Skigebiet wolle sich jedoch keinen "grünen Mantel" umhängen, war man sich einig. Vieles, was derzeit an "Greenwashing" oder an Zertifizierungen passiere, seien häufig wenig überprüfte Deko-Maßnahmen.

Obwohl es im Sommer bereits mehr Nächtigungen als im Winter gibt, ist die Wertschöpfung des Sommertourismus derzeit noch niedriger als im Winter.

Snow Space Salzburg hat bereits damit begonnen, die Pistenchefs der Seilbahn zu schulen, und diskutiert mit den Grundbesitzern die Vorteile eines veränderten Sommermanagements: "Wissenschaft soll kein elitärer Elfenbeinturm sein", ist Hettegger wichtig.

Neben dem Beziehen von Ökostrom, mehr Elektromobilität und der Verbesserung der Bodenbedingungen soll künftig auch der fossile Treibstoff verringert werden.

Daten & Fakten

Der Weg zum klimaneutralen Skigebiet

Mit dem Beirat für Umwelt, Klima und Biodiversität erfolgte im Skigebiet Snow Space Salzburg eine Bestandsaufnahme und Analyse der Situation, damit Maßnahmen für einen nachhaltigen Betrieb geplant und umgesetzt werden können.

Das 3-Säulen-Modell:

Ökologie im Skigebiet: Flora und Fauna positiv mitgestalten. Negative Auswirkungen des Skibetriebes minimieren.

Technischer Umweltschutz:

Täglicher Betrieb (Seilbahn, Beschneigung, Präparierung etc.) so gestalten, dass der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck minimiert wird.

Gästeverhalten: Skigäste

bei nachhaltigem Urlaub unterstützen.

Errechnet hat das Skigebiet auch seinen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck: An erster Stelle der Belastungen stehen Pistengeräte (1800 Tonnen). Hier stehen klimaneutrale Lösungen wie Wasserstoffbetrieb noch aus. In der Wintersaison 2019/2020 wurden 4149 Tonnen Kohlendioxid für den Skibetrieb verursacht. Der größte CO<sub>2</sub>-verbrauch beim Urlaub (80 Prozent) entsteht durch An- und Abreise mit dem eigenen Pkw.

440 Hektar Pistenfläche werden an 220 Tagen des Jahres landwirtschaftlich genützt bzw. beweidet.

*SN/sw/riedler Was hier gelb blüht – der giftige Hahnenfuß – soll weg, so Biologe Florin Florineth*

"datum.at" gefunden am 30.06.2022 12:33 Uhr Von: Clara Porak

## Wenn der Pegel sinkt

### **Die Meldungen über Trockenheit im Osten Österreichs häufen sich. Geht dem Land das Wasser aus?**

DATUM Ausgabe Juli/August 2022

Es ist unendlich schade, sagt Ahmed K. (Name geändert). ›Ich wohne hier seit 20 Jahren, und auf einmal ist der See weg.‹ Ahmed K. betreibt eine Pizzeria am Anemonensee in Niederösterreich. Seine Gäste sind Menschen, die in der Umgebung wohnen, aber auch und vor allem Badegäste, die zum See kommen – oder kamen. Denn wo noch vor ein paar Monaten ein Badesee lag, ist es jetzt nur schlammige Erde. Ein Großteil des Beckens steht leer. Warum? Der Grundwasserstand ist zu niedrig.

Der See scheint kein Einzelfall zu sein: ›Lobau: Die Au trocknet aus‹, schrieb der Standard im Jänner 2022. ›Wiener Neustädter Seen geht das Wasser aus‹, meldete der ORF im April. Der Neusiedler See könnte trockenfallen, hieß es im April. Laut einer Studie des Landwirtschaftsministeriums könnte die Grundwasserneubildung in Österreich bis 2050 um 23 Prozent sinken. Gleichzeitig wohnen immer mehr Menschen in Österreich, das führt zu einem höheren Wasserverbrauch. Vor allem im Osten Österreichs wird das zum Problem. Geht uns das Wasser aus?

›Verdursten werden wir nie‹, sagt Roman Neunteufel von der BOKU Wien. Er ist Hydrologe und einer der Co-Autoren der Studie ›Wasserschatz Österreichs‹ zum Grundwasserspiegel in Österreich, die das Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegeben hat. Sie ist bezeichnenderweise die erste Studie zur Situation des Grundwasserspiegels in Österreich überhaupt. So wenig Sorgen hat man sich bisher darum gemacht.

Jetzt beginnt sich das zu ändern: ›Diese Studie ist der erste Versuch, sich zu fragen, ob wir uns Gedanken machen müssen‹, sagt Neunteufel.

Aber wer verbraucht das Wasser eigentlich? Großteils die Wirtschaft: 2021 wurden 70 Prozent des Wassers für Industrie und Gewerbe genutzt, nur 24 Prozent flossen in die Wasserversorgung der Bevölkerung und vier Prozent in die Landwirtschaft. Bisher war das Verhältnis kaum ein Problem, weil die Gesamtmenge immer ausreichend war. Jetzt könne es aber zu Szenarien kommen, in denen weniger Wasser da ist als gebraucht wird, so Neunteufel.

Für Menschen wie Ahmed K. am Anemonensee bedeutet das schnell Existenzängste. ›Ich habe ein Lokal am See. Was, wenn alle hören, dass er kein Wasser mehr hat?‹, sagt er. Er habe Angst, dass dann nicht mehr so viele Leute kommen. Aber: ›Da kann man nichts machen, die ganze Welt trocknet aus‹, sagt er.